

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Reparationsexpofee des Außenministers.

Die Liquidierung des Krieges beendet. - Wann folgt die Abrüstung?

Prag, 30. Jänner. Außenminister Dr. Benes erstattete heute nachmittags im Abgeordnetenhause und sofort darauf auch noch im Senat sein angekündigtes Expofee über die im Haag erfolgte definitive Lösung der Reparationsfrage, wobei er einen Ueberblick über die Entwicklung des ganzen Fragenkomplexes von den Friedensverträgen angefangen gab und dann besonders auf die uns direkt betreffenden Reparationen einging, deren Lösung bei der ersten Haager Konferenz urplötzlich auf die Tagesordnung gebracht und dann auch mit unerwarteter Energie fast reiflos durchgeführt wurde. Die finanziellen Verpflichtungen, die der Tschechoslowakei daraus erwachsen, sind bereits bekannt. Der Außenminister stellt auch das finanzielle Ergebnis als Erfolg hin, mehr aber noch die Tatsache, daß im Haag mit dem ganzen Mist von Schwierigkeiten aufgeräumt wurde, mit denen Diplomaten, Völkerbund, Schiedsgerichte noch elf Jahre nach dem Krieg immer wieder beschäftigt waren.

Wenn im Haag die Liquidierung des Krieges gelungen ist und die Beziehungen zwischen den Völkern tatsächlich von dem neuen Geist erfüllt sind, wie es Benes in seinen Schlussworten schildert, dann bleibt Herrn Benes noch ein großes Werk zu tun übrig: Nun diesen neuen Geist auch im Inland zu propagieren und die Besorgnisse gewisser führender Politiker zu zerstreuen, die noch immer trotz Genf und Haag überall nur lauernde Gegner und Feinde wittern und nur in einem starken Heer, dessen Kosten für uns längst untragbar geworden sind, ihr einziges Heil inmitten einer Welt von Feinden erblicken. Diesen allen ungehörigen Geist nun auch bei uns zu Hause durch einen moderneren zu ersetzen und die Abrüstungsfrage mit derselben Energie anzugehen, die er bei der Vereinerung der Reparationen an den Tag gelegt hat, sehen wir als die vornehmste Aufgabe des Ministers für die nächste Zukunft an!

Die mehrstündige Rede des Ministers wurde von dem fast vollzähligen Hause aufmerksam angehört und öfters von tschechischer Seite mit Beifall quittiert. Das Expofee wurde mit Ruhe angehört. Auch die Kommunisten, die zum erstenmal nach ihrer Ausschließung wieder erschienen waren, hielten sich bis auf vereinzelte Zwischenrufe ganz ruhig und brav. Im Abgeordnetenhause machten gelegentlich auch die Herren Štroubny und Bergler, im Senat Mikulisek durch Randbemerkungen auf sich aufmerksam. In der Diplomatensloge waren zahlreiche Gesandte anwesend, auch die Galerie war fast besetzt.

Die Debatte wird im Abgeordnetenhause am Montag, im Senat am Mittwoch einsehen und in beiden Säulern mehrere Tage in Anspruch nehmen. Dem — 60 Schreibmaschinisten fallenden — Expofee des Ministers entnehmen wir folgende Stellen:

Benes betont einleitend, daß die Reparationsfragen uns sozuzunehmen am Leben zu berühren. Die aus den Friedensverträgen sich ergebenden Zahlungsverpflichtungen lagen wie eine große Wolke durch volle zehn Jahre auf unserem wirtschaftlichen Leben, das darunter gelitten hat.

Heute haben wir Gewißheit, wissen, was weiter zu unternehmen ist, und daß uns keine weitere Gefahr mehr droht.

Der Minister gibt dann eine Darlegung der Geschichte des Reparationsproblems von der ersten Festsetzung der Reparationszahlungen und verweist auf

die Doppellage der Nachfolgestaaten, die einerseits einen Anspruch auf Reparationen hatten, andererseits aber auch Schuldner waren; diese Passiven umfaßten die Zahlungen für die übernommenen Staatsgüter und endlich die Befreiungstage von zusammen 1500 Millionen Goldfrank. Davon entfiel auf die Tschechoslowakei für Staatsgüter rund 24 Milliarden K., an Befreiungstage 750 Millionen Goldfrank oder rund 4,5 Milliarden K. Die Tschechoslowakei war um die Anerkennung ihres Rechtes auf Reparationen schon auf der Friedenskonferenz bemüht; später hat die Reparationskommission uns diesen Anspruch auch tatsächlich, und zwar vom 28. Oktober 1928 an, zuerkannt.

Nach einer ausführlichen Schilderung des Kampfes, den das Deutsche Reich um die Reparationen führte und der über den Darlehenplan zum

Young-Plan und schließlich zu den Haager Konferenzen führte, legt Benes dar, wie auf der ersten Haager Konferenz

das Konferenzprogramm erweitert worden sei und wie man schließlich zu der Erkenntnis kam,

daß es notwendig ist, mit einem Schläge ein-
mal die ganze finanzielle und wirtschaftliche
Liquidation des Krieges vorzunehmen.

Damit wurde aus der Konferenz eine große politisch-finanzielle Weltkonferenz, die ungeheure Kom-
plexe von äußerst komplizierten, politisch ungeheuer
delikatsten Fragen zu lösen hatte. Namentlich für die
mitteleuropäischen Staaten war es notwendig, mit
der Lösung der deutschen Reparationen die Lösung
aller mitteleuropäischen und balkanländischen finanz-
politischen Probleme zu verbinden, denn sonst hät-
ten nach der Lösung ihrer Angelegenheiten mit
Deutschland die Großmächte jedes Inter-
esse an den ungarischen und bulgarischen Repa-
rationen verloren. Deshalb hätten die Staaten
der Kleinen Entente schon im August

als Bedingung für ihre Zustimmung zur Reduktion der deutschen Reparationen die Lösung des ganzen Komplexes ihrer finanziellen Rechte und Verpflichtungen

festgelegt, die aus den übrigen Friedensverträgen mit Oesterreich, Ungarn und Bulgarien erwachsen seien. Das bedeutete auch die definitive Lösung der Frage der staatlichen Güter und der Befreiungsschuld für die Nachfolgestaaten.

Dann ging die Kommission für Reparationen in Paris daran, den ihr zugewiesenen Fragenkomplex zu behandeln. Mit Oesterreich und Bulgarien kam es nahezu zu einer Einigung, mit Ungarn hat die Verhandlung überhaupt nicht zum Ziel geführt und mußte deshalb der zweiten Haager Konferenz zugewiesen werden. Hinsichtlich der staatlichen Güter und der Befreiungsschuld kam es in Paris mit den Nachfolgestaaten zu einer provisorischen Einigung. Die Kommission hat tatsächlich ihre Arbeit, die Liquidierung der Vergangenheit, durchgeführt und bis auf Kleinigkeiten die Uebereinkommen für die zweite Haager Konferenz vorbereitet.

Die Reparationen

Benes behandelt sodann die deutschen Reparationsfragen auf der zweiten Haager Konferenz und geht dann auf die Reparationen ein, die in erster Reihe immer die Kleine Entente tangierten. Es hätte sich allmählich die Meinung herausgebildet, als ob die Streichung der österreichischen, ungarischen und bulgarischen Verpflichtungen sich fast ganz von selbst verstände. Mit diesen Ansichten sei auch Ungarn auf die Konferenz gekommen, doch seien sie durch den kategorischen Standpunkt der Kleinen Entente wie auch der Großmächte hinweggefegt worden.

Mit Oesterreich

Kam es zu einer Einigung sehr leicht. Das Bestreben, Oesterreich auch politisch auf eigene Füße zu stellen und ihm seine eigene Entwicklung ohne Gefahr aller politischen Komplikationen in Mitteleuropa zu ermöglichen, führte dazu, daß man Oesterreich seine Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage strich und alle Pfandrechte aufgehoben wurden. Benes ist der Meinung, daß für uns in politischer und wirtschaftlicher Beziehung aus der neuen Situation Oesterreichs nur Vorteile erwachsen würden. Selten hätten nach einer Zeit schwerer Streitigkeiten zwei benachbarte Staaten die Kameradschaft gemeinsamer Mitarbeit so begriffen, wie dies gleich nach dem Umsturz zwischen uns und Oesterreich der Fall war. Es gereicht dies gewiß beiden Staaten zur Ehre.

Das ernsteste Problem war die ungarische Frage, d. h. die ungarischen Reparationen und die definitive Erledigung aller gegenseitigen aus den Friedensverträgen erwachsenden finanziellen Forderungen.

In der Frage der Reparationen vertrat die ungarische Regierung den Standpunkt, daß sie nach dem Jahre 1943 nichts mehr zahlen werde. Sie war bereit, mit irgend etwas zur Liquidation der Vergangenheit beizutragen, d. h. zu den Forderungen, die sich zugunsten der Staaten der Kleinen Entente aus verschiedenen Artikeln des Friedensvertrages ergeben würden, insbesondere deshalb, weil aus denselben Artikeln andererseits weit größere finanzielle Vorteile zugunsten Ungarns sich ergeben.

Der ungarische Ministerpräsident führt als Gründe für diesen Standpunkt die heutige finanzielle Lage Ungarns an, seine bisherigen Zahlungen

an das Ausland, seine heutige passive Bilanz, seine Agrarkrise, die Tatsache, daß Ungarn angeblich nach dem Waffenstillstand während der Okkupation durch die verbündeten Heere an Lieferungen und sonstigen Leistungen den Allierten bereits über 2,5 Milliarden Goldfranken bezahlt habe, daß es zwei Drittel seines Territoriums verloren habe, usw.

Ich habe nur einige dieser Argumente als Grund für eine vernünftige Statuierung der ungarischen Zahlungen anerkannt. Sie waren jedoch nach meinem Dafürhalten nicht stark genug, um die Streichung der ungarischen Reparationen überhaupt zu begründen. Nach unserer Meinung war es richtig und gerecht, daß Ungarn zur definitiven Liquidierung des europäischen Krieges eine Summe bezahle, die höher wäre, als unsere Zahlungen aus dem Titel der Liberationschuld, da diese absolut und namentlich relativ weit höhere Zahlungen als die unsrige auch Ungarns Maß der Schuld am Kriege ausdrücken muß, so wie dies in den Friedensverträgen stipuliert ist.

Die Liquidierung der Vergangenheit.

Durch die Teilung des ehemals ungarischen Gebiets zugunsten der Staaten der Kleinen Entente entstanden zwischen Ungarn und diesen Staaten unzählige Fragen wirtschaftlichen und finanziellen Charakters. Geteilt wurden Gemeinden, Bezirke, Säue, mannigfache wirtschaftliche Gesellschaften, Genossenschaften, Kollektivitäten und juristische Personen samt ihrem ganzen Vermögen, geteilt wurden Dörfer und ihre Weingüter und es wurde die Bodenreform durchgeführt. Zur detaillierten und juristisch gerechten Erledigung wurde das bekannte gemischte tschechoslowakisch-ungarische, jugoslawisch-ungarische und rumänisch-ungarische Schiedsgericht geschaffen.

Die daraus ersiehenden Streitigkeiten werden vor den genannten Gerichten bereits seit Jahren verhandelt, es gibt ihrer an die Tausende und es handelt sich dabei um große Milliardenvermögen. Wenn wir uns bisher Ungarn nicht genügend nähern konnten, so haben diese Fragen einen bedeutenden Anteil daran.

Jetzt im Haag ist der Augenblick gekommen, wo es möglich war, eine Liquidierung dieser Dinge zu versuchen. Ungarn forderte von unserer Seite Konzeptionen bei der definitiven Bestimmung seiner Reparationsverpflichtungen, wir forderten eine mildere Bestimmung der Summe der ungarischen Zahlungen, aber als Bedingung verlangten wir die Lösung der angeführten schwierigen und unangenehmen Nebenprobleme des Krieges und der Friedensverträge. Die Großmächte haben schließlich unseren Standpunkt voll begriffen und einen ziemlich energischen Druck auf Ungarn ausgeübt; alle ohne Ausnahme — auch Italien — haben dann den Standpunkt der Kleinen Entente, daß im Haag alles erledigt werden muß, als richtig anerkannt.

Zur Beurteilung des Ernstes des ganzen Problems führe ich folgende Ziffern an: Aus dem Titel der Bodenreform wurden gegen unseren Staat vor dem internationalen Schiedsgericht Klagen überreicht, die für des von uns übernommene Grundeigentum der ungarischen Angehörigen an 3148 Mill. Kronen forderten, für die Güter der Habsburger wurde gerichtlich eine Entschädigung in der Höhe von 700 Mill. Kronen gefordert, für die Kirchengüter 120 Mill., für Stiftungen, Kollektivitäten, liquidiertes Industrie-, Handels- und sonstiges Eigentum und schließlich für Pensionen an die Beamten insgesamt etwa 300 Mill.

Zusammen also erhob Ungarn gegenüber der Tschechoslowakei auf Grund des Artikels des Friedensvertrages eine Forderung von 4600 Mill. Kronen.

Auch wenn es gewiß ist, daß diese übertriebenen ungarischen Klageforderungen unbegründet waren, so bedeutete dies einen langjährigen Kampf, Streitigkeiten, Schwierigkeiten, Geldausgaben von beiden Seiten und eine Reihe verlorener Prozesse und somit große finanzielle Verluste.

Diese Sache zu erledigen, bedeutete politisch und finanziell einen unschätzbaren Schritt nach Vordwärts in ganz Mitteleuropa zu machen.

Der Minister kommt dann auf die Bodenreform

zu sprechen. Das Außenministerium kämpfte hartnäckig um die Anerkennung der tschechoslowakischen Souveränität in der Bodengesetzgebung. Durch die Haager Verhandlungen ist es gelungen, diesen (Schluß auf Seite 2.)

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:

monatlich Kf. 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 98.—
ganjshrlig 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erchein mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Unernst in der Politik der Agrarier.

Im Parlamente haben die deutschen Landbändler am Mittwoch einen Antrag eingebracht, der alles bisher in der Politik der Agrarier Dagegen an Strupplosigkeit und Einsichtslosigkeit übertrumpft. Wenn es neben den Agrariern keine anderen Klassen und Stände im Staate gäbe, so könnten sie sich die Gestaltung der Wirtschaftspolitik des Staates nicht anders und — sagen wir es offen — nicht frivol in Bezug auf die einseitige Bevorzugung eines einzelnen Standes vorstellen, als es in dem Antrag, der in Ergänzung ihrer ohnehin genug unerhörten Zollforderungen Maßnahmen „zur Bekämpfung des Notstandes in der Landwirtschaft“ verlangt, zum Ausdruck kommt. Da aber der Staat denn doch noch auf anderen und stärkeren wirtschaftlichen und finanziellen Tragsäulen ruht, so müßten selbst die politischen Agrarier, soferne sie ernst genommen werden wollen, sich vor Einbringung solcher plumper und ordinärer demagogischer Anträge hüten, die nur beweisen, daß es ihnen nicht um die Anbahnung und Herbeiführung eines Kompromisses bei der Lösung der Wirtschaftskrise zu tun ist, sondern um etwas ganz anderes, das ist um die Betreibung reiner Agitationspolitik. Auf Grundlagen, wie sie die Landbändler zu schaffen suchen, wäre bei aller Vereinfachung der sozialistischen Parteien, Wege zu einer dauernden Lösung der Landwirtschaftskrise zu suchen und zu ebnen, jede Verhandlung unmöglich.

Schon die Begründung, welche den Notstand der Landwirtschaft in maßlos übertriebener Weise schildert, macht den Eindruck völligen Unernstes. Wenn darin beispielsweise gesagt wird, daß „unter dem Druck der ungewohnten Konkurrenz des Auslandes“ die Preise „fast aller und namentlich der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf ein Ausmaß herabgesunken ist, das weit hinter den Herstellungskosten zurückbleibt“, so ist das eine törichte Ueber-treibung. Auch alle anderen Behauptungen in der Begründung sind tendenziös zugespitzt und gehen über das Maß des Tatsächlichen weit hinaus, aber Klappern gehört nun einmal zur politischen Tätigkeit unferer Agrarier. Bemerkenswert sei, daß der erste Satz der Begründung von „schon seit mehreren Jahren unsere heimische Landwirtschaft immer und immer wieder heimsuchenden Krisen“ spricht. Dar-nach hat es also auch in den Jahren, welche der im Jahre 1926 von der agrarisch-kerikalen Zollmehrheit beschlossene Erhöhung der Landwirtschaft, das ist den kleineren Produzenten, keine Hilfe bringen würden, suchten Agrarier und Christlichsoziale uns niederszuschreiben und uns bei der Landbevölkerung anzuschwärzen, der doch durch die Zölle ausgiebige Hilfe zuteil geworden sei. Jetzt müssen die Agrarier eingestehen, daß die Zölle, die sie als ein Allheilmittel ausriefen, die Krise nicht zu bannen imstande waren. Doch diese Probe agrarischer Konsequenz und Wahrheitsliebe nur so nebenbei.

Verschwiegenheit ist eine Bier — für die anderen, so sagen sich die Landbändler und fordern in dem Antrag, die Regierung möge — im Verordnungswege und durch „sofortige“ Einbringung von Gesetzesvorlagen „ohne allen Verzug“ Hilfsmaßnahmen einleiten, von denen auf dem Gebiete der Zoll- und Handelspolitik allein gleich 14 verlangt werden! Der erste dieser „14 Punkte“ lautet:

1. Im Artikel II der Zolltarifnovelle vom 22. Juni 1926, Zsg. d. G. u. S. Nr. 109, sind alle Posten, welche gegenüber dem Art. I Zolltarifbestimmungen für heimische landwirtschaftliche Erzeugnisse enthalten, zu streichen, wodurch lediglich Zollsätze in Kraft gesetzt werden, welche im Art. I bereits gefällige Anerkennung gefunden haben.“

Die im Artikel I festgesetzten Zollsätze haben eigentlich keine praktische Bedeutung, sie gelten nur gegenüber jenen Staaten, mit denen die Tschechoslowakische Republik keine

Handelsvertragsbeziehungen unterhält. Wirkliche Geltung haben nur die im Art. II herabgesetzten und geregelten Zollsätze, die für die landwirtschaftlichen Produkte eingehoben werden, welche aus Staaten stammen, die mit der Tschechoslowakischen Republik einen Handelsvertrag besitzen oder welche die Waren tschechoslowakischen Ursprungs nicht ungünstiger behandeln als Waren anderen Ursprungs. Es ist daher falsch, zu behaupten die im Art. I angeführten Zollsätze hätten „bereits gesetzliche Anerkennung gefunden“, was den Eindruck erwecken soll, als wären diese und nicht die im Art. II aufgeführten und herabgesetzten Zölle das Normale. Praktisch würde die Streichung aller im Art. II angeführten Zollherabsetzungen bedeuten, daß die Zölle mit einem Schlage fast bis zu jener Höhe hinausschnellen würden, welche die agrarischen Parteien gemäß ihrem neuesten Zollantrag festgesetzt zu sehen wünschen! Sie würde aber auch die augenblickliche Aufhebung der zwischen der Tschechoslowakei und einer Reihe von Staaten abgeschlossenen Handelsverträge nach sich ziehen, denn die im Art. II normierten Zollherabsetzungen sind untrennbare Bestandteile dieser Verträge und geradezu ihre Grundlage; ihre Streichung wäre Vertragsbruch schlimmster Art, sie würden zu existieren aufhören, und darnach würde sich wohl jeder Staat hüten, jemals wieder mit der Tschechoslowakischen Republik einen Vertrag zu schließen. Also vertragsloser Zustand gegenüber aller Welt und ein schonungsloser Zollkrieg gegen die Industriewaren tschechoslowakischen Ursprungs, zehnfach gesteigerte Arbeitslosigkeit, Untergang einer Anzahl von Betrieben und ganzer Betriebszweige, erhöhte Massenelend über alle Grenzen des Vorstellbaren hinaus, Verzweiflungsausbrüche, Hungertyphus — das alles wären die Folgen der Erfüllung des neuesten agrarischen Antrages!

Man kann nicht einmal sagen, daß die deutschen Landbändler sich über die Folgen und Wirkungen ihrer „Pöfaktion für die Landwirtschaft“ nicht klar sind, denn sie fordern, wie der Punkt 2 ihres Antrages beweist, direkt zur Aufhebung der Handelsverträge auf:

2. Falls Ungarn nicht der sofortigen Aufhebung der in seinem Zoll- und Handelsverträge mit der Tschechoslowakei enthaltenen Bindung von Agrarzöllen zustimmt, ist der Zoll- und Handelsvertrag mit Ungarn zu kündigen.“

Was kommt es den Agrariern darauf an, daß die Tschechoslowakei an der Aufrechterhaltung des Handelsvertrages mit Ungarn, ebenso wie mit allen anderen Staaten, kein geringeres Interesse hat, als dieses Land! Sie drohen einfach: entweder hebt ihr Bestimmungen in dem mit euch abgeschlossenen Zoll- und Handelsverträge gemäß unseren Forderungen auf, oder muß der Vertrag gekündigt werden! Daß die tschechoslowakische Volkswirtschaft dadurch in vielleicht noch stärkerem Maße getroffen werden würde, darum scheren sich unsere biederen Landbändler nicht im geringsten.

So geht es weiter die 14 Punkte hindurch. Es sei nur noch erwähnt, daß die Agrarier in ihrem Antrag die in der Zollnovelle vom Jahre 1926 enthaltene Dumping-Klausel auch gegenüber jenen Staaten angewendet sehen wollen, welche „durch besondere Maßnahmen die Ausfuhr ihrer agrarischen Erzeugnisse in einer Weise forcieren, daß hiedurch auch der tschechoslowakischen Landwirtschaft eine verstärkte Konkurrenz erwächst, beziehungsweise droht“. Andererseits wird verlangt, die Regierung möge „mit allem Nachdruck“ von Deutschland die Anerkennung des tschechoslowakischen Hopfenprobenienzgesetzes anstreben. Der Antrag fordert ferner eine Verschärfung der seuchenpolizeilichen Bestimmungen über die Einfuhr von

Vieh, die Unterwerfung der Einfuhr von Getreide und Mehl unter ein Bewilligungsverfahren, eine alljährliche Sperre der Keffel- und Birnenausfuhr in den Monaten November bis Ende Jänner und noch manches andere, was die agrarischen Demagogen sonst nur in ihren Versammlungen ahnungslosen Zuhörern zu erzählen pflegen.

Gewiß wird niemand solche tollhässliche Forderungen, die geradezu zum Ruin der Volkswirtschaft und damit des Staates führen müßten, einen Augenblick ernst nehmen. Sie sind aufgelegtester politischer Schwindel, sie beweisen aber auch, welchen Maßes von Verantwortungslosigkeit diese angeblich so staats-treue Partei fähig ist!

Das Reparationsergo.ee.

(Schluß von Seite 1.)

zehnjährigen Kampfs mit dem vollen Siege in politischer und moralischer Hinsicht zu beenden. Die Forderung, daß bei der gegenseitigen Liquidierung die Staaten der Kleinen Entente nicht passiv sein dürften, das heißt sich die gegenseitigen Forderungen kompensieren müßten, sei durchgedrungen. Venes erwähnt die Aufstellung der beiden Fonds A und B, von denen der erstere die Forderungen gegen die Nachfolgestaaten aus dem Titel der Bodenreform abdecken soll, während der Fonds B die übrigen Ansprüche (der Erbschöge, der Kirchen und Eisenbahnen usw.) befriedigen soll. Der Fonds A soll eine Maximalhöhe von 240 Millionen, der Fonds B eine solche von 100 Millionen Goldkronen haben. Die Nachfolgestaaten zahlen in den Fonds A nur soviel ein, als sie nach ihren Gesetzen für den enteigneten Boden zu zahlen hätten. Damit werden alle die tausenden Klagen aus dem Titel der Bodenreform von heute ab als gegen diesen Fonds erhoben betrachtet. Die vorgesehene Schiedsgerichte werden sich nur über die Höhe des aus diesen Fonds zu gewährenden Erlasses auszusprechen haben; für die Entschädigungen haftet lediglich der Fonds bis zur Höhe seines Kapitals. Die Ansprüche werden nur in dem prozentuellen Verhältnis aller anerkannten Ansprüche zu dem Gesamtvermögen der Fonds gedeckt. Der Fonds B wird völlig hinreichen, um alle Ansprüche gegen die Nachfolgestaaten aus sonstigen Titeln der Friedensverträge zu decken, so daß auch hier keine weitere finanzielle Belastung mehr in Frage kommt. Venes betrachtet dieses Ergebnis als einen großen Erfolg seiner Politik und der Politik der Kleinen Entente.

Die Befreiungsschuld.

Auf Grund der Friedensverträge hatte die Tschechoslowakei für die übernommenen staatlichen Güter etwa 24 Milliarden Kronen, an Befreiungsschuld etwa 4,5 Milliarden Kronen zu bezahlen übernommen. Der Kampf um diese Zahlungen wurde bereits volle elf Jahre geführt. Venes habe in dieser Frage nichts ohne die Zustimmung des Präsidenten, des Ministerpräsidenten und des Finanzministers unternommen, aber die Oeffentlichkeit sollte durch Diskussionen nicht in Aufregung gebracht werden. Seit 1926 war die englische und französische Regierung dafür gewonnen, daß die Zahlungen für die übernommenen Staatsgüter gestrichen werden. Es hat sich dann nur um die Befreiungsschuld gehandelt. Diese Frage wurde im August von der französischen Regierung aufgerollt, die ersuchte, im allgemeinen Interesse die Notwendigkeit der Beitragsleistung zur Bewirkung des Young-Planes anzuerkennen und so die ungeheueren Kosten des Krieges in einem Augenblick

tragen zu helfen, wo alle Staaten im Haag ungeheure Opfer bringen mußten. Dieses Verlangen habe die tschechoslowakische Delegation als gerechtfertigt anerkannt. Es habe sich bloß darum gehandelt, wie groß die Quote sein werde, die die Tschechoslowakei aus diesem Titel auf sich nehmen sollte. Es war unsere Pflicht, erklärt Venes, daß dies eine unseren Finanzen günstige Quote sei.

Das Gesamtergebnis des Kampfes um die Verpflichtungen aus den Friedensverträgen sei folgendes: Ursprünglich wurden von uns etwa 29 Milliarden Kronen verlangt, diese Summe wurde aber auf 1190 Millionen Kronen (nach den Darlegungen des Finanzministers) herabgesetzt. Wir zahlen also etwa 4 Prozent von all dem, was wir ursprünglich zu zahlen gehabt hätten.

Venes verlange von niemandem darüber Zweifel, doch konstatierte er, daß bei uns kaum jemand dieses Resultat erwartet hat. Demgegenüber müsse Deutschland etwa 30 Prozent seiner ursprünglichen Verpflichtungen bezahlen, Bulgarien 33 Prozent. Ungarns Verpflichtungen könne man nicht vergleichen, weil seine GesamtrepARATIONEN niemals bestimmt worden seien, doch dürfte es denselben Prozentsatz wie Bulgarien erreichen.

Gegen böswillige Kritik.

Venes erklärt dann, er habe sich geschämt, als er in den letzten Tagen uninformierte oder böswillige Artikel in einigen Blättern las. Er verlange nicht, daß man den Erfolg der Delegation anerkenne, aber er wolle, daß die öffentliche Meinung nicht demagogisch ausgehebt, sondern daß ihr die Wahrheit gesagt werde. Er verweist darauf, was der Krieg Frankreich, Belgien, England, Italien, Jugoslawien oder Rumänien gekostet hat und was diese Staaten namentlich für den Wiederaufbau ihrer zerstörten Gebiete bezahlen mußten.

Auf die Frage, warum die anderen Nachfolgestaaten keine Befreiungsschuld bezahlen, wor aber ja, habe er nur die Antwort: Hätten unsere Kritiker eher gewünscht, daß wir die Kriegsinvasion zwei- oder dreimal mitgemacht hätten, wie Polen, Rumänien und Jugoslawien? Wenn nur Bissen oder Bräun vernichtet worden wäre, hätte uns das indirekt einige Milliarden gekostet und wir würden heute noch darunter leiden. Auf die direkt unerhörten Argumente von einer gewissen Seite, die von der „traurigen Bilanz im Haag“ sprachen (Narodni politika), wolle er überhaupt nicht eingehen. In einem Kapitel

„Politische Schlussfolgerungen“

erklärt der Minister, unsere politische Situation im Haag sei stärker als je gewesen. Die Kleinen

Entente sei hier mit einer Solidarität und Kraft aufgetreten, die allen ohne Unterschied imponierte. Auf diese Weise habe sie die Lösung der ungarischen Frage durchgesetzt in einer Form, wie sie nie gebracht hätte. Von Frankreich sei die Kleine Entente rückhaltlos unterstützt worden, es sei aber nicht wahr, daß England und Italien gegen die Kleine Entente gewesen seien. Ohne deren Zustimmung wäre es niemals möglich gewesen, Ungarn eine Reparationszahlung von 18,5 Millionen Goldkronen aufzuerlegen, noch ihm die Lösung aller übrigen Probleme der Liquidierung der Vergangenheit aufzuzwingen. Daß manchmal einige Großmächte uns gegenüber politische oder finanzielle Interessen gehabt hätten, verstehe sich von selbst. Aber niemals und bei niemandem habe sich das als Feindseligkeit geäußert.

Im allgemeinen habe unsere seit zehn Jahren betriebene Politik im Haag Anerkennung gefunden. Er selbst habe gesehen und gefühlt, wie gerade im Haag die ganze zehnjährige Konzeption unserer Außenpolitik ihre Früchte getragen habe. Die Haager Konferenz sei ein großer Markstein der europäischen Politik überhaupt. Die ineinanderzeitigen Friedensschlüsse waren nur eine Art Waffenstillstand. Im Haag sei dann aber etwas geschehen, was noch nie der Fall war: die einstigen Gegner hätten sich an einen Tisch gesetzt und im Geiste der Versöhnlichkeit alles liquidiert, was sich liquidieren ließ.

Der ungeheure Wust von Schwierigkeiten, Streitigkeiten und Feindseligkeiten sei beendet. Das sei das große politische Plus des Haag; der Weg zum Einberufen zwischen den mitteleuropäischen Staaten sei geöffnet.

Die Tschechoslowakei habe im Haag bewußt diese Politik betrieben und sie werde sie auch konsequent weiter betreiben. Erst heute fühlen wir uns finanziell, aber auch politisch frei.

Venes erklärt abschließend, er werde sich zu den Verhandlungen im Haag immer stolz bekennen. Er lege das Ergebnis der Arbeit dem Parlament vor in dem Bewußtsein, daß er und alle seine Mitarbeiter ihre vaterländische Pflicht zu 100 Prozent erfüllt hätten.

Stürmischer Empfang Bethlens im Parlament.

Budapest, 30. Jänner. (MIZ.) Für die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses, in der Ministerpräsident Bethlen über die Haager Konferenz Bericht erstattete, gab sich außerordentliches Interesse kund. Vor dem Parlamentsgebäude hatte sich eine große Menge Neugieriger angefannt. Die Galerien waren überfüllt.

Als Ministerpräsident Graf Bethlen den Saal betrat, wurde er von der Rechten mit stürmischen Ovationen empfangen. Als er sich zum Worte meldete, entstand auf der Linken großer Lärm; die Sozialisten riefen: „Folgen Sie dem Beispiel Ihres spanischen Kollegen!“. Der Lärm dauerte minutenlang, bis er von den Eisenrußen der Regierungspartei unterdrückt wurde.

Graf Bethlen betonte, er könne bloß einen vorläufigen Bericht erstatten, da im Haag nur prinzipielle Vereinbarungen getroffen worden seien. Eben deshalb könne er auch den Text der Abkommen noch nicht vorlegen. Bethlen betonte, der ungarische Staat sei von allen Pfandrecht, die bisher die Reparationskommission über sämtliche Einkünfte Ungarns besaß, befreit worden, ebenso von allen weiteren Forderungen, die auf Grund irgend eines anderen Paragraphen des Friedensvertrages erhoben werden könnten.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten wurden nur, ab und zu durch Zwischenrufe von sozialdemokratischer Seite unterbrochen.

Ich oder — Ich?

Roman von Herman Pilgendorff.

Copyright by Greiner & Co., Berlin NW 6.

(Rechtlich vorbehalten.)

17)

„Ich verachte Sie...!“ schrie Inge und trat fast drohend einen Schritt vor. Ihre Augen funkelten und sie war hübsch wie eine Amazone. Sie stand nur einen Schritt von Paul entfernt. Der Duft ihres frischen, jungen Körpers und eines süßen, hauchartigen Parfüms berauschte Paul.

„Ah!“ sagte er fast stöhnend: „... Sie verachten mich und ich... liebe Sie!“

„Lieber? Was verstehen Sie von Liebe?... ha... ha... Sie wollen nichts als meinen Körper... Sie... Sie... Tier!“

reihen. Sie sah sich enttäuscht. Mergel und Verzweiflung krochen in ihr Herz.

Sie sah nicht die Bewunderung, Liebe, Erstaunen in den Augen Pauls. Ihr war es als sähe sie nichts als eine tierhafte Lusternheit in den Augen ihres Verlobten.

Das brachte sie zu einer erneuten Explosion. „Tier!“ schrie sie noch einmal.

Sie hob die kleine, schnelle Hand. „Klatsch!“ Eine Ohrfeige von Inges Hand brannte auf der Wange Pauls.

Paul hatte einen kleinen Schrei ausgestoßen. Nicht einen Schrei des Schmerzes, nein, einen Schrei der Ueberraschung über das impulsive Temperament seiner Braut.

„Ich bin nie einem etwas schuldig geblieben!“ sagte Paul.

„Sie wollen mich vernichten?“ stöhnte der alte Grabow, und Inge hülfte die Schwere des Vaters schwanke auf ihrem Arm.

Paul schritt auf den Geldschrank zu. Er hatte nicht umsonst in der Nacht die Aufzeichnungen Arams gelesen. Er wußte von den Wechseln...

Als Paul die Türe des Geldschrankes öffnete, hörte er ein Stöhnen hinter sich.

Inge wollte rufen: „Verzeihen Sie mir!“ Sie wollte sich für ihren Vater opfern. Aber sie konnte den Ruf nicht über ihre Lippen bringen. Sie konnte nicht... nichts als ein Wimmern entrang sich ihrem bisher mutigen Mund.

Paul und trat zu Inge. Er hielt in der Hand den graueisen Achenrest.

Inge sah ihn mit weit aufgerissenen Augen an. Die Tränen versiegten vor der wilden Flamme, die aus ihren großen Augen brach.

Leon von Grabow lachte ein hysterisches Lachen. Er begriff am allerwenigsten diese Handlung Benno Arams. Er erhob sich aus seinem Sessel, aber ein Schwindelgefühl warf ihn wieder zurück. Seine nervösen Finger zerzausten die seidene Krawatte in Fetzen.

„Ich begreife Sie nicht!“ stotterte Inge, und eine heiße Rote brannte über ihr Gesicht.

Zum erstenmal an diesem Tage betrachtete sie scharf und forschend das Gesicht Benno Arams. So scharf, als müsse sie darin eine Lösung dieser unverständlichen Handlung finden.

Für sofortige Dienstzeitverkürzung!

Prag, 30. Jänner. Im Wehrausschuß des Abgeordnetenhauses wurde heute die Debatte über das Exposé des Verteidigungsministers eröffnet. Die erwartete Sensation bei der Rede Gajdas blieb aus, da er sich lediglich mit organisatorischen Fragen befaßte und nur zum Schluß eine Erklärung zum Fall Garban verlas.

Später verties

Genosse Heeger

darauf, daß unsere Teilnahme an der Koalition nicht das Aufgeben unserer grundsätzlichen Stellungnahme zum Militarismus bedeute. Wir vertreten nach wie vor die Forderung nach vollständiger Abrüstung und nach Abbau unserer Militärlasten. Wenn der Minister die Verkürzung der Dienstzeit von gewissen Vorbedingungen abhängig macht, so vermissen wir eine klare Antwort auf die Frage, wann der Herr Minister die Herabsetzung der Dienstzeit vorzunehmen gedenke. Als das Wehrgesetz zur Verhandlung stand, legte der Generalstab zwei Entwürfe vor; der eine forderte einen Präsenzstand von 80.000 Mann bei siebenmonatiger Dienstzeit, der andere 100.000 Mann mit zwölfmonatiger Dienstzeit. Demals haben also alle die heutigen Bedenken nicht bestanden. Sachmännisch wird nachgewiesen, daß die direkte Ausbildung 166 Tage oder fünfzehn Monate in Anspruch nimmt, so daß die Herabsetzung auch ohne Erfüllung der gestellten Vorbedingungen sofort möglich wäre. Genosse Heeger erklärte sich mit einer finanziellen Besserstellung der Militärgastisten einverstanden, fordert aber auch eine Regelung der Soldatentlohnung. Von K 1,15 täglich soll sich der Soldat noch Utensilien wie Sesse, Schuhkreme, Bürsten usw. kaufen. Dabei werden oft die unheimlichsten Straßensätze gemacht. Hier ist Abhilfe dringend notwendig!

Weiters besprach der Redner eingehend die Tätigkeit der gemischten Kommissionen, die über die Einziehung in die Ersatzreserve entscheiden, und schildert einen krassen Fall in Oberberg, der zeigt, wie wehrfremde die Wehrtruppen, die hier das Rechtswort sprechen, allen sozialen Fragen gegenüberstehen. Er verlangt eine andere Zusammenziehung dieser Kommissionen.

Er stellt weiter fest, daß von einer Demokratie innerhalb der Heeresorganisationen schon nicht mehr gesprochen werden kann. Die Zeiten, da Offiziere und Soldaten sich duzten, sind vorüber; heute hört man das „Du“ höchstens noch auf dem Exerzierplatz aus dem Munde der Offiziere, aber gemischt mit einigen recht kräftigen Ausdrücken der Mannschaft gegenüber. Der Drill, die Schikane, die Sektururen der Mannschaft sind aber dieselben wie früher, oft für die Soldaten direkt unerträglich, was die vielen Selbstmorde zur Genüge beweisen. Genosse Heeger bringt einen solchen Fall zur Sprache und verweist auf die Ungehörlichkeit, daß selbst Briefe der Soldaten an ihre Eltern den Vorgesetzten zur Kontrolle vorgelegt werden müssen. Diese Zustände sind unhaltbar und nicht geeignet, die Lust und Liebe für das Soldatenspielen zu fördern.

Auch der Wehrausschuß des Senates beschäftigte sich mit der Dienstzeitverkürzung, wozu unter anderen

Genosse Joff

sprach. Dieser erklärte, die Reden des Verteidigungsministers müßten wie eine Propagierung neuer Heeresforderungen an. Redner stellt fest, daß er damit allerdings keine Aussicht auf Verbesserung habe; man müsse im Gegenteil auf den Abbau der Heereslasten bestehen, und zwar nach zwei Richtungen hin: Abkürzung der Dienstzeit und Herabsetzung des Präsenzstandes. Redner widerlegt die Behauptung, daß die Dienstzeitverkürzung erst nach Einstellung von 8000 längerdienenden Unteroffizieren möglich sei, und zeigt auf, wie man eventuell auftretende Mängel auf andere Weise beheben könne. Die Bevölkerung und unsere Volkswirtschaft können nicht ruhig warten, bis der Herr Minister die 8000 längerdienenden beistimmen hat, sondern die Dienstzeitverkürzung muß ehestens durchgeführt werden!

Beschwerden gegen das Innenministerium.

Subgetrebe des Genossen Diel im Ausschuß. Prag, 30. Jänner. Zu der gestrigen Nachtung des Budgetausschusses konstatierte Genosse Diel zum Kapitel Innenministerium, daß hier sehr viele Mängel bestehen. Trotz der Reform ist die Verwaltung nicht auf der Höhe und auch die eifrigsten Befehle der Verwaltungsreform sind heute schon anderer Ansicht geworden. Es werde notwendig sein, sich mit dem Gedanken einer Novellierung vertraut zu machen und dabei die gemachten Erfahrungen richtig zu verwenden. Der Verkehr bei Landesbehörde mit den oberen Instanzen ist von Konflikten durchsetzt, und auch bei der Lande in den Bezirken ist keine Erleichterung eingetreten, sondern eine Erschwerung. Der Geschäftsgang ist viel schwerfälliger geworden, auch die Verbilligung der Verwaltung ist nicht eingetreten. Redner protestiert dann gegen die Ungerechtigkeiten bei der seinerzeitigen Ernennung der Sachmänner in die Landes- und Bezirksvertretungen und gegen die Hindernisse, die man bei der Verteilung der Staatsbürgerchaft

aufführt; ebenso schikanös sind die Formalitäten bei der Ausstellung von Pässen. Weiters verlangt Genosse Diel eine Modernisierung unseres Vereinsrechtes, das z. B. Ausländer, Frauenpersonen und Minderjährige von der Mitgliedschaft in politischen Vereinen ausschließt, und bringt den Fall des Genossen Krejci ausführlich zur Sprache, der seinerzeit von der Bezirkshauptmannschaft seines Postens als Bürgermeisterstellvertreter von Trautmanau entbunden worden war, weil er in einer öffentlichen Versammlung Mitteilung aus einer nicht vertraulichen Stadtratssitzung gemacht hat. Schließlich setzt er sich dafür ein, daß

Das Ende des kommunistischen Putches.

Die kommunistischen Streikarrangeure drücken sich!

Wir stehen am Ende des wahnsinnigen Verbrechens, das die Kommunisten durch den mit frivolem Leichtsinne vom Jaun gebrachten Streik an 3400 Glasarbeitern begangen haben. Sowohl in Bleistadt als auch in Unterreichenau ist der Streik erledigt. In beiden Betrieben sind schon mehr Arbeiter zur Arbeitsaufnahme gemeldet, als beschäftigt werden können. Die Betriebe sind in Gang gesetzt, die Arbeiter werden nach Bedarf und nach Auswahl durch die Betriebsleitung eingestellt.

Dadurch, daß die Kommunisten bei Streikbeginn sofort die Defen löschten, wird noch einige Zeit vergehen, bis die Betriebe wieder normal arbeiten können.

Bei den Kommunisten herrscht vollkommene Kopflosigkeit. Der Hauptarrangeur dieses verbrecherischen Streiks, Herr Abgeordneter Gajpl, wird wohl in kürzester Zeit von der Bildfläche seines „revolutionären“ Wirkens, für das er in Bleistadt und Unterreichenau das Meisterstück abgelegt hat, verschwinden, wenn er nicht erleben will, daß ihn seine eigenen Anhänger fortjagen. Dieser revolutionäre und liniengeachtete Kommunist traut sich schon jetzt nicht mehr direkt nach Bleistadt zu fahren. Er benützt Umwege, um zu seinen nur noch sehr wenigen treuen Anhängern zu gelangen. Montag ist Herr Gajpl in Hartenberg ausgestiegen und hat sich zu Fuß nach Bleistadt begeben, um sich wahrscheinlich vor den Massen der beschäftigungslosen Glasarbeiter, die vollständig verloren und ratlos in großen Trupps auf der Straße beisammenstanden, unsichtbar zu machen. In Unterreichenau fand Dienstag eine kommunistische Versammlung statt, bei der es zu besonders stürmischen Ausbrüchen kam. Kommunisten haben ihren eigenen Generalstab von Prag und Karlsbad in die Versammlung dirigiert, um den offenen Streik zusammenbrechen zu verhindern. Doch vergebens.

Die betrogenen Arbeiter gingen rücksichtslos mit den leichtsinnigen Arrangeuren dieses Streiks ins Gericht,

wobei besonders Herr Gajpl am schlechtesten wegkam. Zum Schluß erklärte er, daß er wahrscheinlich das letzte Mal vor den Glasarbeitern gesprochen haben dürfte. Gewiß eine sehr revolutionäre Konsequenz. Die anderen kommunistischen Obermänner versuchten mit aller Beredsamkeit, den klaglichen Rest der Streikenden noch einmal zu einem Demonstrationsumzug zu bewegen, was ergebnislos blieb. Die Versammlung

im deutschen Gebiet nur Sicherheitsorgane verwendet werden, die die deutsche Sprache voll beherrschen, da sie sonst ihren Dienst nicht objektiv versehen können. In die behördlichen Agenden mischen sich oft auch verschiedene Institutionen und „Bybors“ herein. Es wäre hoch an der Zeit, daß die Verwaltungsbehörden diesen ungeschicklichen Einflüssen nicht mehr ihr Ohr zuerkennen! Auch bei den Erhebungen über die Zuerkennung der Altersrenten, Unterhaltsbeiträge usw. sollte man mit größerem Entgegenkommen vorgehen. Gerade der Innenminister müßte alles daran setzen, um alle die geringsten Uebelstände endlich einmal abzugreifen.

ging ergebnislos auseinander und die Folge davon war, daß sich am anderen Tage massenhaft die Arbeiter zur Arbeitsaufnahme meldeten. Die Zahl der Gemeldeten betrug 1100. Die Glasarbeiter dieses Betriebes, die die Avantgarde der Kommunisten waren, haben eine Separatbesprechung abgehalten und sich restlos zur Arbeitsaufnahme entschlossen und auch gemeldet. Der kommunistische „Kämpfer“, der in seinen Berichten über den Glasarbeiterstreik in den ersten Tagen die Letztern nicht groß genug machen konnte, ist in den letzten Tagen auffallend bescheiden geworden. Heute sind die Berichte in diesem Blatte überhaupt ausbleiben. Nur ein Telegramm des russischen internationalen proletarischen Aktionskomitees der Glas-, Chemie-, Papier- und Zuckerverarbeiter in Moskau wird gebracht, in welchem („welche Ironie!“) der heldenmütige Kampf der tschechoslowakischen Glasarbeiter mit flammenden Grüßen gefeiert wird.

Wenn Moskau statt dieser flammenden Grüße den streikenden Arbeitern Geld geschickt hätte, wäre das wohl klüger gewesen, denn die Rot dieser Arbeiter beginnt bedenklich zu steigen, zumal die kommunistischen Organisationen bis heute auch nicht einen einzigen Heller an Streikunterstützung ausbezahlt. Schon am zweiten Tag des Streiks erklärte Gajpl, daß die Kassen leer seien und Streikunterstützung nicht gezahlt werden könne und trotzdem hat man die Arbeiter in den Streik geführt. Ist es schon ein Unfug gewesen, gegen die Wirtschaftskrise einen Streik zu führen, so war es direkt verbrecherisch, den Vorschlag der Betriebsfirmen abzulehnen, Kurzarbeit und Feiertagslohn einzuliegen, ferner die wirtschaftlich Schwächeren bei den Entlassungen zu berücksichtigen, damit die Krise leichter überwunden werden könne. Alle diese vernünftigen Vorschläge haben die kommunistischen Machter abgelehnt. Ja, sie haben diese den Arbeitern überhaupt nicht bekanntgegeben.

Bei sachlicher und nüchterner Handhabung wären die Entlassungen auf ein Minimum, vielleicht von 300 Arbeitern in beiden Betrieben beschränkt geblieben. Jetzt werden 1500 Arbeiter auf Jahre hinaus auf dem Pflaster liegen.

Das ist das Ergebnis der kommunistischen Proberevolution von Unterreichenau und Bleistadt. Kommunistische Arbeiter, gehen Euch die Augen noch immer nicht auf?

Mißtrauen gegen Berenguer.

Paris, 30. Jänner. Mit Rücksicht auf die strenge Zensur der Pressetelegramme treffen aus Spanien nur spärliche amtliche Meldungen ein. Es scheint jedoch, daß die Lage sowohl in Madrid als auch in Granada und Salamanca von wo gestern Unruhen gemeldet wurden, beruhigt.

Den Informationen des „Matin“ zufolge werden die Straßen von Madrid von starken Polizeiabteilungen, die mit Gewehren bewaffnet sind, bewacht. Der Hauptgrund der Erregung ist darin zu suchen, daß zum Nachfolger Alvaros wiederum eine Militärperson ernannt wurde. Gegen die Person des Generals Berenguer werden in der öffentlichen Meinung zahlreiche Einwendungen

erhoben, da Befürchtungen bestanden, daß an Stelle eines Diktators zwei treten. Eine gewisse Beruhigung rief die gestrige Erklärung des Generals Berenguer hervor, daß sein Kabinett absolut bürgerlichen Charakter haben werde.

Madrid, 30. Jänner. Das neue Kabinett setzt sich, wie folgt, zusammen: Ministerpräsidentenschaft und Krieg General Berenguer, Marine Konteradmiral Cardia, Inneres General Marzo, Finanzen und (interministeriell) Wirtschaft Arguelles, öffentliche Arbeiten Matos, Justiz Estrada, Unterricht Herr von Alba, Arbeit Sangros d'Olano.

Englisch-französisches Kompromiß in London.

London, 30. Jänner. Die dritte Vollversammlung der Seemächtekonferenz begann heute vormittags im Queen Anne-Salon des St. James-Palastes. Der Konferenz liegen die folgenden Vorschläge zur Behandlung vor:

- Der französische Vorschlag: 1. Die Pauschaltonnage, der Vermittlungsvorschlag der französischen Delegation; 2. Welche Klassifizierung soll angenommen werden? 3. Der Transfer, sein Umfang und seine Bedingungen.

Der englische Vorschlag: System der Beschränkung durch Kategorien.

Der italienische Vorschlag: 1. Die Bestimmung des Stärkeverhältnisses; 2. Die Festsetzung der Pauschaltonnage der verschiedenen Länder.

Nach Äußerungen von französischer maßgebender Seite ist gestern zwischen den französischen und den englischen Vertretern tatsächlich über die Methode der

Rüstungsbeschränkung ein Kompromiß zustande gekommen. Nach dem „Daily Herald“ hat man sich ungefähr dahin geeinigt, daß die Linienhiffe und die mit achthöligen Geschützen ausgerüsteten großen Kreuzer für die Berechnung der Tonnagebeschränkung jeweils eine getrennte Kategorie für sich bilden. Alle kleinen Kreuzer und sämtliche Zerstörer werden dagegen als eine große Kategorie betrachtet. Innerhalb der jeder Seemacht für diese gewisse Kategorie zugeordneten Maximalgrenzen der Gesamttonnage kann jedes Land die Verteilung der Tonnage auf die einzelnen Schiffstypen nach eigenem Ermessen vornehmen. Es steht ihm also frei, gegebenenfalls die gesamte für diese dritte Kategorie zur Verfügung stehende Tonnage für Kreuzer oder umgekehrt nur für Torpedoboote zu verwenden oder schließlich, was wahrscheinlicher ist, die Tonnage nach Wunsch und Bedarf auf die beiden Schiffstypen zu verteilen. Indessen werden sämtliche beteiligten Mächte verpflichtet sein, ihre Pläne in dieser Hinsicht den anderen Seemächten mitzuteilen.

Die Staatsauffassung der Agrarier:

„Wir sind der Staat.“

Dem „Venkov“ erscheint unser Artikel über „Dienstzeit, Militärbudget und Sicherheit“ geradezu als ein Sakrileg, als eine flagrannte Verletzung der Koalitionsdisziplin. Die besteht nämlich nicht in Pflichten aller gegen alle, sondern anscheinend in einer Art Behorsamspflicht gegenüber den tschechischen Agrariern. Eine Partei und eine Presse, die sich dauernd die rücksichtslosesten Eigentümlichkeiten leisten, die alle tatsächlichen Machtverhältnisse ignorieren und so tun, als wären sie allein da, wird uns die Kritik verbieten wollen! So haben wir nicht gewettet und so werden die Herren mit uns nicht ans Ziel kommen! Wenn der „Venkov“ keine Kritik der Generale verträgt, so zeigt er damit eine Schwäche, die in demokratischen Ländern nur Gelächter hervorrufen könnte. Man erinnere sich doch, wie Nationalisten vom Schloß Clementaus mit den Generalen umgesprungen sind! Uns wird man aber nicht zu einer Staatsauffassung erziehen, die in jeder Zeile der Polemik die Agrarpartei mit dem Staat verwechselt und sich einbildet, eine in der Regierungsmehrheit vertretene Partei dürfe nichts gegen die Agrarier oder gegen die Generale sagen. Man wird uns vielleicht noch vermehren wollen, auch nur unsere Wünsche zum Budget zu äußern? Diese Art Koalitionsdisziplin müßten uns die Agrarier erst einmal beifallsbeifall selbst durchführen.

Soweit die Polemik des „Venkov“ auf jauchliche Einwände reagiert, gibt sie sich bedenklich Blößen. In der Monarchie habe die Armeegewalt zu den Reservatrechten des Monarchen gehört: Das gibt es heute nicht und wird es nicht geben. Wir sind erfreut, das zu hören, aber wir müssen doch erwidern, daß die Monarchie einen unkontrollierten Rüstungsfonds nicht kannte. Man vergleiche sich doch nicht mit der Monarchie, sondern mit demokratischen Staaten und frage sich, ob es in Frankreich oder England, in Belgien oder Schweden möglich wäre, daß mehr als ein Sechstel des Heeresbudgets den Herren Generalen zur freien Verfügung steht.

Daß wir den Minister, der Geld, Geld und wieder Geld will, auf den Rüstungsfonds verweisen, erregt die Herren vom „Venkov“ aufs neue; der Rüstungsfonds habe doch seine „programmatische Bestimmung“. Nun just die möchten wir ja kennen. Die Agrarier haben nach allen Erfahrungen der letzten Jahre ein staunenswertes Vertrauen zu unserer Generalität. Das ist ihre Sache. So brennend sind wir an diesen Dingen nicht interessiert, daß wir uns Sorgen um die militärischen Qualitäten des Hauses machen würden, in dem einst Gajda kommandierte. Die Sicherheit, die dem Herrn Biskovsky genügt, kann uns schließlich auch genügen. Aber für das Geld, das wir aus den Mitteln der Steuerzahler aus Koalitionsdisziplin mißwilligen müssen (wobei allerdings der Bürgerblod uns für die elf Jahre Rüstungsfonds die Verantwortung vorweggenommen hat), möchten wir doch eine etwas genauere Duitung haben, als sie die „programmatische Bestimmung“ des Rüstungsfonds ist.

Dringend hat es der „Venkov“ auch mit der vormilitärischen Erziehung. Unser Argument, man solle doch für den Lebensstandard und die Wohnungen der Arbeiter sorgen, um gesundes Kanonenfutter zu bekommen, findet er deplaziert. Vom agrarischen Standpunkt aus hat er ja Recht. Aber ist der agrarische Standpunkt auch der des Staates? Ob die heranwachsende proletarische Generation veredelt und fröhlich und gesund ist, das mag den Agrariern ja gleichgültig sein, zumal da Biskovsky also der Ansicht zu sein scheint, daß es ungesundem Kanonenfutter auch tue. Wir erinnern aber die Agrarier daran, daß sie im Staate eine Minderheit sind und daß, ganz abgesehen von der Bevölkerungszahl, schon die politische uns sagt, daß auf einen Agrarier auch ein Sozialdemokrat kommt und daß ein agrarischer Blod von 98 Mandaten ein agrarischer von nur 63 gegenübersteht. Das ist vielleicht auch ein abgelegenes Argument, aber es sollte den Agrariern doch nicht so weit aus dem Gesichtskreis entschwinden.

Sie werden dann auch auf so lächerliche Mittel verzichten, wie ihr letzter Triumpf eines ist. Sie warnen uns nämlich! Sie erzählen, daß die tschechische Öffentlichkeit sich erinnern werde, daß es in der Opposition Gruppen gibt, die „ein viel positiveres Verhältnis zu den Dingen hatten, über die man nirgends in der Welt scherze“ (dem Herrn Biskovsky gesagt!). Damit werden die Herren bei uns ein für allemal nichts ausdrücken. Dieser Hinweis auf Mahr-Harting, den Braven und allzeit Ergebenen, bleibt völlig wirkungslos. Wir wissen, daß die tschechischen Agrarier sich gegen unsere Regierungsteilnahme gewehrt haben und daß sie sich verhindert hätten, wenn es möglich gewesen wäre; sie wissen, daß wir nicht aus Liebe zu Udrzal und Biskovsky an dieser Koalition teilnehmen. Wir brauchen einander gar nichts vorzumachen. Die Drohung mit der Wiederherstellung des Bürgerblods kann nur Heiterkeit erregen. Wenn der „Venkov“ sonst nichts weiß, um uns zu schrecken, dann lasse er es lieber ganz fein und finde sich mit den leidigen Tatsachen ab!

Tagesneuigkeiten.

Der gestürzte Diktator.

Der du Spaniens Schicksal führtest,
Dies ist also nun dein Fluch:
Was als Letztes du diktiertest,
War das Demissionsgeschick.

Zeit Gewalt sich noch so rege,
Einmal kriegt sie doch den Triss,
Woldemaras, dein Kollege,
Wing ja kürzlich auch verschütt.

Scharfer Wind peist um die Ohren,
Futsch ist Primos Perzlichkeit.
„Schlechte Zeit für Diktatoren“,
Lautet das Diktat der Zeit.

Wedol.

Stehen uns Fröste bevor?

Kältewelle über Nordeuropa.

Die Staatsanstalt für Meteorologie teilt mit: Am 27. Jänner breitete sich von Spitzbergen aus eine kräftige Abkühlung nach Nordskandinavien und Finnland aus. Die Temperaturen sanken stellenweise bis auf -35 Grad Celsius. Am 30. Jänner hat sich diese Kältewelle über die Baltischen Staaten und die angrenzende Ostsee hinweg weiter nach Süden zu in Bewegung gesetzt. Von Mittwoch bis Donnerstag früh gingen die Temperaturen im Bereiche des Meerbusens von Riga um mehr als 10 Grad Celsius zurück. Gleichzeitig haben sich über Mitteleuropa die Luftdruckverhältnisse zugunsten einer nördlichen Luftströmung umgestaltet. Falls der Nordwind in den nächsten Tagen andauern sollte, sind Fröste auch bei uns zu erwarten, um so mehr als sich gestern in den mittleren Teilen der Republik eine Schneefschichte ausgebildet hat.

Selbstmörder ohne Bahnsteigkarte!

Ein grotesker Prozeß.

Im „Berliner Tageblatt“ lesen wir folgende Stoffe, die nicht nur auch außerhalb des Deutschen Reiches und seiner Hauptstadt Interesse, sondern deren Inhalt zweifellos Parallelen auch andertwärts finden dürfte.

Am Montag früh um fünf Uhr versuchte der Musiker W. sich das Leben zu nehmen. Er machte das sehr ungeschickt. Deswegen stand er heute in der Anklagebank.

Hätte der Musiker sich ins Wasser gestürzt, die Pulsadern aufgeschnitten oder eine Kugel in den Kopf geschossen, — er hätte die deutsche Justiz nicht bemühen brauchen. Aber unglücklicherweise faßte er den Entschluß, sich unter einen elektrischen Stadtbahnzug zu werfen. Dies darf kein Selbstmörder tun.

Denn einmal ist es ein unsicheres Verfahren, zweitens aber bringt es den Täter in die Mühle der Justiz, die in diesem Falle sehr schnell arbeitet. Montag auf dem Bahngleis — Mittwoch schon vor dem Richter.

Im deutschen Strafgesetzbuch steht allerdings kein Paragraph, auf Grund dessen Menschen, die sich das Leben nehmen wollten, vor Gericht zitiert werden können. Der Gesetzgeber hielt entweder das Recht auf den Freitod für ein Grundrecht jedes Bürgers — oder er sah die ausgestandene Todesangst als genügende Strafe an. Der Reichsbahn blieb es vorbehalten, einen Verzeiwelken, dem der Selbstmord nicht gelungen war, gerichtlich zu verfolgen.

Der Zugführer hatte nämlich abbrennen können. Die Räder waren nicht über den unglücklichen hinweggegangen. Er kam mit dem Leben davon.

Die Reichsbahn stellte Strafantrag: W. habe, als er sich auf die Gleise warf, eine Transportgefährdung verübt. Ja, daran hatte der arme Musiker allerdings nicht gedacht. Sondern nur daran, daß er stellunglos war und wohnungslos, daß er keine Arbeitslosenunterstützung mehr bekam und überhaupt keine Existenzmöglichkeit mehr hatte. Er hatte also zu viel an sich gedacht — und zu wenig an die Reichsbahn und ihre Züge. Also Strafantrag.

Die Staatsanwaltschaft gab dem Antrag statt! Auch jenem zweiten Antrag, der den Musiker W. bestrafen wollte, weil er das Bahngelände ohne Bahnsteigkarte betreten hatte. So verhältlich dürfen selbst Selbstmörder nicht sein, besonders, wenn sie mit dem Leben davorkommen.

Die Gerichtsverhandlung war nur sehr kurz. Der Schnellrichter hatte mehr Einsicht als Reichsbahn und Staatsanwaltschaft. Er nahm an, daß der Musiker W. sich im Augenblick der Tat nicht im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte befunden habe und sprach ihn frei.

Ob dem Musiker W. — stellunglos, wohnungslos und ohne Arbeitslosenunterstützung — damit geholfen ist? Den größten Dienst hat der Richter der Reichsbahn erwiesen. Sie wird sich, das darf man hoffen, nicht mehr blamieren. Sie wird einsehen, daß es keine Notwendigkeit ist, eine Bahnsteigkarte zu erwerben, wenn man sich auf die Schienen stürzen will, — und daß ein Menschenleben, auch das eines Verzeiwelken, über einer „Transportgefährdung“ steht. Denn schließlich konnte die Reichsbahn den Musiker W. nur deshalb gerichtlich verfolgen, weil er — am Leben blieb. Obwohl er doch nicht einmal eine Bahnsteigkarte hatte. D. K.

Explosion in einer Petroleum-Raffinerie.

Fresno (Kalifornien), 30. Jänner. Die erst vor kurzem mit einem Kostenaufwand von einer halben Million Dollars errichtete Raffinerie der Petroleum Securities Company im Petroleumgebiet von Kettleman Hills ist durch eine Explosion schwer beschädigt worden. Durch die Explosion wurde eine Anzahl von Tanks zerstört, große Mengen von Benzin und Petroleum ergossen sich brennend den Berg hinab und setzten mehrere Vorratsstänke in Brand. Von der dreißig Kilometer entfernten Stadt Coalinga sind Kerze und Pflegerinnen angefordert worden, so daß man vermutet, daß bei der Explosion auch Menschen zu Schaden gekommen sind.

Drei Tote bei einem Skittwettlauf. Wie der „Messaggero“ berichtet, führten bei einem Skittwettlauf in den Abruzzen drei Studenten in einem Agrund. Alle drei waren auf der Stelle tot. Die Wettspiele wurden sofort unterbrochen.

Todesopfer der Arbeit. Dienstag ist in Schönlinde bei einem Sturze in einen Brunnen sechs Arbeiter der Brunnenarbeiter Rudolf Richter tödlich verunglückt. Kurz vor der Sprengung sollte er mittels eines zur Beförderung von Steinen dienenden Krabes aus dem zwölft Meter tiefen Schachte herausgezogen werden. In einer Höhe von etwa zehn Metern riß aber ein Glied der Kette, so daß der Krabe in den Brunnenstumpf zurückstürzte. Richter ist gestern seinen schweren Verletzungen im Krankenhaus in Schönlinde erlegen. — Bei der Reparatur der Maschinenhallen-Konstruktion in den Skodawerken in Pilsen wurde der 57jährige Arbeiter Karl Zirbel aus Breslau bei Preßluft von einem Kran erfasst und getötet. Zirbel wurde an einer Stelle getötet, deren Betreten verboten war.

Zum Ableben Emmy Destinn wird noch gemeldet: Die verstorbene Künstlerin kränkelte schon seit dem vergangenen Jahre an einer schweren Erkrankung. Ueberdies stellte sich bei ihr ein Blutergeruch ins Auge ein. Sie konsultierte deshalb einen Augenarzt in Budweis. Da sich das Leiden nicht besserte, begab sie sich Mittwoch zu einem Spezialarzt nach Budweis, um sich bei ihm röntgenisieren zu lassen, wurde jedoch vom Schlag getroffen und ist dann in der Nacht gestorben.

Beim Radfahren das Genick gebrochen. Der Arbeiter Josef Lomaier aus Autschowa bei Pilsen bremste am Mittwoch als er mit seinem Fahrrad in die Arbeit fuhr und beim Bergabfahren einen anderen Radfahrer überholte, derart heftig, daß er vom Rad geschleudert wurde, einen Genickbruch erlitt und sofort starb. Der Verunglückte ist 35 Jahre alt und hinterläßt eine Witwe mit zwei Kindern.

Aus Hagberg die Ehefrau ermorden lassen. Der Knecht Johannes Ludtmann aus Alten-Dyho hat nach hartnäckigem Zeugnen gestanden, die Ehefrau Ludtmann, mit der er übrigens nicht verwandt ist, mit einem Beil erschlagen und dann das Haus in Brand gesetzt zu haben. Er ist zu der Tat von dem Ehemann der erschlagenen Frau Ludtmann angeklagt worden, der daraufhin in Haft genommen wurde. Der Grund zu der Tat wird darin gesehen, daß der Ehemann Ludtmann sich in den Besitz der Landstelle und des Wohnhauses seiner um zwanzig Jahre älteren Frau setzen wollte.

Zimmer noch Fürstenabfindung. Das zwischen dem bairischen Staat und dem ehemaligen Königshaus in der Aufwertungssache angerufene Schiedsgericht hat sich für Anerkennung der eines Teilbetrages (100.000 Mark) der vom Königshaus erhobenen Forderung entschieden.

Auto und Eisenbahn. Mittwoch abends durchbrach bei Schönborn an der Strecke Breslau-Kamenz ein Kraftwagen die geschlossene Schranke. Er wurde von dem durchfahrenden Personenzug erfasst und zertrümmert. Die Insassen, zwei Breslauer Fleischermeister, wurden getötet.

Katastrophaler Haus-Einsturz. Infolge starker Regenfälle stürzten in Fez bei einem Hause zwei Stockwerke ein. Hierbei wurden von den Einwohnern des Hauses fünf Personen getötet und zehn verletzt.

Obdachlosen-Glück in Warschau. Die Zahl der Obdachlosen nimmt in Warschau von Tag zu Tag zu. Die Asyle beherbergen zurzeit 3555 Familien, die aus 13.082 Personen bestehen. Die in den Zustichtsstellen untergebrachten Existenz sind aber nur ein Teil des großen Obdachlosenheeres.

Wieder ein tödlicher Papageienbiss. In Chemnitz ist am Mittwoch ein Todesfall der sogenannten Papageienkrankheit festgestellt worden. Eine städtische Kommission, die die dortigen zoologischen Handlungen beaufsichtigt, machte die Feststellung, daß ein Vogelhändler im Besitz eines erkrankten Papageien war. Der Händler hatte sich im Herbst von dem kranken Tier in die Hand beißen lassen und erkrankte bald darauf so schwer, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Dort ist er in der Nacht zum Mittwoch gestorben.

Auto und Lokomotive. In der Nähe von St. Anton bei Remberg stieß ein Passagierautobus mit einer Lokomotive während des Passierens eines Bahngeländes zusammen. Zwei Passagiere des Autobus wurden getötet, drei verwundet.

Und in den Haaren liegen sich beide . . .

Die Frage, wer Deutscher ist und das bessere Patent zur Pflege völkischen Geistes und völkischer Kultur (das Gott erbarm!) besitzt, ist zwischen den Falkenkreuzern und der Nationalpartei noch lange nicht entschieden. Beide leben von den deutschen Belangen und bis vor kurzem lebten sie auch in friedlichem Einvernehmen miteinander. Aber unbefahrene Wählchulden und ein wenig parteipolitische Konkurrenzneid hat sie in streitende Brüder verwandelt und bei mehr als einer Gelegenheit sind sie einander böse in die Haare gefahren. Der völkische Bruderstreit dürfte nun auch in den deutschen Turnverband übertragen werden. Die Nationalpartei, deren Exponenten im Turnverband den größten Einfluß besitzen, betrachtet ihn als ihre Domäne und das Streben der Falkenkreuzer geht natürlich dahin, die völkischen Turnvereine in ihre Gefolgschaft zu bringen. Nun hat der Turnverein in Niedereinsiedel die Anbringung eines Falkenkreuzerischen Werbeplakats für den „völkischen Tag“ an seiner Anschlagtafel abgelehnt und deshalb herrscht bei den Selbstenden helle Empörung. Der „Tag“ zertet und wirft dem Turnverband vor, daß er nationalparteilich sei. Man kann gespannt sein, wie sich das liebliche Verhältnis dieser Deutschstümmler entwickeln wird.

Ein Deutscher auf dem elektrischen Stuhl?

Zumindest in der Strafvollzugsmethode, an die den Italienern Sacco und Vanzetti bereite Dual erinnernd mutet eine Meldung aus New York an, derzufolge der Gouverneur Roosevelt die Hinrichtung des zum Tode verurteilten Deutschen W. Edel, die mittels elektrischen Stuhls am Montag um 23 Uhr stattfinden sollte, um vier Wochen verschoben hat. Gelingt es in der Zwischenzeit nicht, daß Edel seine Unschuld, die er immer wieder behauptet, nachweist, erleidet er unwillkürlich den Elektrostuhl. Edel's Verurteilung erfolgte im Jahre 1927 wegen der angeblichen Ermordung der Schauspielersin Emmeline Darrington. Die Hinrichtung auf dem elektrischen Stuhl sollte zum ersten Male am 13. Dezember 1929 stattfinden, doch wurde der Verurteilte 40 Minuten vor Bestehen des Stuhls zwecks Beibringung von Beweismaterial bis zum 27. Jänner begnadigt, woraufhin nun wiederum in letzter Minute die Galgenfrist um einen Monat verlängert worden ist.

Amerikas roteste Stadt.

Die Stadt Reading in Pennsylvania ist die einzige amerikanische Stadt, die eine gänzlich sozialdemokratische Stadterwählung ihr Eigen nennt. Der Bürgermeister, der Leiter der städtischen Finanzen und sämtliche Mitglieder des Stadtrates gehören der sozialistischen Partei an. Am Schulrat fehlt den Sozialisten nur eine Stimme zur absoluten Mehrheit.

Was Mary Pickford verdient.

In einem Steuerhinterziehungsprozeß gegen die bekannte amerikanische Filmschauspielerin Mary Pickford in Los Angeles sind recht interessante Feststellungen über die Niesenverdienste der Künstlerin gemacht worden. Danach hatte sie bereits im Jahre 1917 ein Einkommen von 560.000 Dollar, das im Jahre 1919 sogar auf über 600.000 Dollar stieg. Die Schauspielersin zahlte ihrer Mutter nach ihren eigenen Angaben eine jährliche Vergütung von 52.000 Dollar, die sie aber vorsorglichweise von ihrer Einkommensteuerveranlagung in Abzug brachte. Eine richterliche Entscheidung über den Anspruch der Steuerbehörden auf Rückzahlung von 100.000 Dollar ist bisher nicht ergangen.

Maschinen-Akademie zur Schulreform.

Die Maschinen-Akademie hat eine Denkschrift über die Schulreform vom wirtschaftlichen Standpunkt fertiggestellt, das demnächst dem Schulministerium und den Parlamentarier vorgelegt werden wird. Es wird darin betont, daß an die Hochschulen viele Schüler mit ungenügenden Kenntnissen kommen und daß es notwendig sei, größeres Gewicht auf die Auswahl der für das Studium an Hochschulen auszuwählenden Schüler zu legen. Die Denkschrift spricht sich ablehnend gegen den Vorschlag aus, das Studium an Hochschulen auf acht Jahre zu verlängern, zugleich lehnt sie den allmählichen Abbau der Realschulen ab. Die bisherige Praxis des Schulministeriums reduziert die alten Mittelschulformen (Realschulen und Gymnasien) und errichtet lieber Realschulgruppen. Im Schuljahr 1913/14 waren auf dem Gebiet der Republik 112 Gymnasien, während es jetzt nur 33 gibt, Realschulen gab es damals 88, jetzt 67, die Realschulgruppen hingegen sind von 49 auf 129, Reformrealschulgruppen von 2 auf 64 gestiegen. Der Vorteil liegt darin, daß die Absolventen einen weiteren Kreis von Zukunftsmöglichkeiten gewinnen, andererseits sei die allgemeine Bildung nicht so gründlich, wie sie früher durch die Realschulen oder Gymnasien erzielt wurde. Die Akademie hält die Aufhebung der Realschulen vom Standpunkt der technologischen Ausbildung für bedenklich. Die Denkschrift empfiehlt, daß der ständige Beirat beim Schulministerium, der sich mit der Mittelschulreform beschäftigen soll, mit den Vertretern der produzierenden Schichten in Führung bleibe.

Die Erbschaft des Nachtwächters Saddington.

Der nicht gerade übermäßig bemittelte Nachtwächter der englischen Stadt Leicester, ein gewisser Saddington ist ein schwerreicher Mann geworden. Er setzte sich eines Morgens von seiner anstrengenden Tätigkeit müde auf eine Bank im Stadtpark und begann eine dort liegende gebundene Londoner Zeitung zu lesen. Da fiel ihm eine Anzeige auf, in der die Erben eines in Australien verstorbenen Engländers namens Saddington gesucht wurden. Der Nachtwächter erinnerte sich dunkel an einen Oheim, welcher bereits, allerdings als armer Arbeiter, nach Australien ausgewandert und meldete sich, ziemlich unglücklich, auf das Insetat hin, als

Vom Rundfunk.

- Samstag.**
- Prog. 67, 11.15: Mozart-Konzert. 12: Zeitungs- u. Nachrichten. 12.30: Die Welt. 13.30: Die Welt. 14.30: Die Welt. 15.30: Die Welt. 16.30: Die Welt. 17.30: Die Welt. 18.30: Die Welt. 19.30: Die Welt. 20.30: Die Welt. 21.30: Die Welt. 22.30: Die Welt. 23.30: Die Welt. 24.30: Die Welt. 25.30: Die Welt. 26.30: Die Welt. 27.30: Die Welt. 28.30: Die Welt. 29.30: Die Welt. 30.30: Die Welt. 31.30: Die Welt. 32.30: Die Welt. 33.30: Die Welt. 34.30: Die Welt. 35.30: Die Welt. 36.30: Die Welt. 37.30: Die Welt. 38.30: Die Welt. 39.30: Die Welt. 40.30: Die Welt. 41.30: Die Welt. 42.30: Die Welt. 43.30: Die Welt. 44.30: Die Welt. 45.30: Die Welt. 46.30: Die Welt. 47.30: Die Welt. 48.30: Die Welt. 49.30: Die Welt. 50.30: Die Welt. 51.30: Die Welt. 52.30: Die Welt. 53.30: Die Welt. 54.30: Die Welt. 55.30: Die Welt. 56.30: Die Welt. 57.30: Die Welt. 58.30: Die Welt. 59.30: Die Welt. 60.30: Die Welt. 61.30: Die Welt. 62.30: Die Welt. 63.30: Die Welt. 64.30: Die Welt. 65.30: Die Welt. 66.30: Die Welt. 67.30: Die Welt. 68.30: Die Welt. 69.30: Die Welt. 70.30: Die Welt. 71.30: Die Welt. 72.30: Die Welt. 73.30: Die Welt. 74.30: Die Welt. 75.30: Die Welt. 76.30: Die Welt. 77.30: Die Welt. 78.30: Die Welt. 79.30: Die Welt. 80.30: Die Welt. 81.30: Die Welt. 82.30: Die Welt. 83.30: Die Welt. 84.30: Die Welt. 85.30: Die Welt. 86.30: Die Welt. 87.30: Die Welt. 88.30: Die Welt. 89.30: Die Welt. 90.30: Die Welt. 91.30: Die Welt. 92.30: Die Welt. 93.30: Die Welt. 94.30: Die Welt. 95.30: Die Welt. 96.30: Die Welt. 97.30: Die Welt. 98.30: Die Welt. 99.30: Die Welt. 100.30: Die Welt.

Erbe. Und tatsächlich stellte sich heraus, daß der

nächste Hüter der Ruhe und Ordnung der einzige rechtmäßige Erbe des Verstorbenen sei. Er erhielt bare 50.000 Pfund und ist so im wörtlichen Sinne über Nacht der reichste Bürger von Leicester geworden. Der Mann kann wirklich von glückbringendem Zufall sprechen, denn der längst verlebte Erbe hatte bereits vor annähernd zwanzig Jahren das geistliche und die zuständigen Behörden haben nach langen ergebnislosen Recherchen in der auf der Bank verzeichneten liegenden Zeitung die gesetzlich vorgeschriebene letzte Annonce veröffentlicht.

Großliche Todesursache.

Die Frau des Pächters des Bahnhofs in Schlaggenwald, Franziska Stark, war vor einigen Tagen damit beschäftigt, am Herde Parsetwachs zum Schmelzen zu bringen. Plötzlich fing das Wachs Feuer. Beim Versuch, es zu löschen, fiel das Gefäß um und sein Inhalt ergoß sich über die Kleider der Frau, die im Nu einer Fenersäule gleich. Frau Stark erlitt so schwere Brandwunden, daß sie nach entsetzlichen Qualen starb.

Zwei Erbschaften für die „Monte Cervantes“.

Wie die Berliner Mäcker melden, ist der Schaden, den die Hamburg-Südamerika Schiffsahrtsgesellschaft durch das Scheitern des Schiffes „Monte Cervantes“ erfuhr, fast vollkommen durch Versicherung gedeckt. Das Schiff hatte, nachdem in den letzten Jahren beträchtliche Abschreibungen vorgenommen worden waren, einen Wert, der über die 4 Millionen Mark, auf die es versichert ist, nur wenig überstieg. Die Gesellschaft hat nunmehr der Hamburger Rederei Blohm und Böh den Bau zweier neuer Motorschiffe vom gleichen Typ wie die „Monte Cervantes“ war, vergeben.

Die Rekordlauf.

In Argentinien wird gegenwärtig eine Reue gezeigt, die als Rekordlauf im wahren Sinne des Wortes bezeichnet werden kann. Es ist das Juhrhind „Carimona Silvia Pontica R. V. N. 088“ der Bolando-Argentinia-Rasse. Genauer Kontrolle hat ergeben, daß die Kuh bei dreimaligen täglichen Melken in 365 Tagen insgesamt 14.545 Liter Milch gab. Durchschnittlich rechnet man bei einer Kuh mit 2350 Liter Milch im Jahre.

Privatflugzeuge in Amerika.

Zeit dem süßen Frische Lindberghs über den Ocean hat das Privatflugwesen in Amerika einen ungeahnten Aufschwung genommen. Man zählte heute in den Vereinigten Staaten mehr als 3000 Privatflugzeuge. Die Besitzer sind meistens Millionäre, die sich zu Klubs mit eigenen Flugzeugplätzen und Hallen zusammengeschlossen haben. Daneben gibt es aber auch Leute, die sich gemeinsam einen Apparat gekauft und zusammen einen Fluglehrer engagiert haben.

Ein Kind vom Wolf gepakt.

In der Nähe des südlawischen Dorfes Kroschobac wurde dieser Tage ein zehnjähriger Junge auf der Landstraße von einem Wolfsrudel angefallen. In seiner Angst sprang der Knabe in den mit Schnee gefüllten Straßengraben, wo er von den Bestien umringt wurde. Einer der Wölfe faßte ihn mit den Pfähnen und schleppte ihn einige Meter aus dem hohen Schnee fort, ohne ihn aber zu verletzen. Als sich aus dem Dorfe ein Schlitten mit laut bellenden Hunden näherte, wurden die Wölfe verschreckt. Zur großen Überraschung fand man das Kind lebend und unverletzt. Nach bebend von dem überstandenen Schreckler erzählte der Kleine, daß ihm die wilden Tiere nur das Gesicht und die Hände geleckt hätten.

Diebische Elfern.

Die Elfer ist als diebischer Vogel bekannt. Man sagt ihr nach, daß sie gern versucht, was da glänzt und gleißt, zu erhaschen, um es dann nach ihrem Nest zu bringen, wo sie das Gestohlene in Sicherheit wohnt. Die Glauhauer Rationalsozialisten scheinen aber nicht nur Vornamen für glänzende Sachen zu haben, sondern sie meinen offenbar, was nicht nie- und nagelst ist. Wenigstens muß man das annehmen, wenn man nachfolgendes Rundschreiben liest, das uns der bekannte glänzende Wind dieser Tage auf den Redaktionsbüsch wehte. Es stammt von dem neuen Ortsgruppenvorsitzenden der Rationalsozialistischen Partei, der es den Parteimitgliedern als Silvesterüberraschung zu- sandte und sich in ihm folgendermaßen vorstellte:

Werte Parteimitglieder! Da ich die Führung der hiesigen Ortsgruppe der RSDAP, vorläufig übernommen habe vertretungsweise (ein wunderbarer Titel! D. Red.), so betrachte ich es als eine meiner ersten Aufgaben, Ordnung in die jetzigen Verhältnisse der Ortsgruppe zu bringen. Dazu gehört vor allen Dingen eine genaue Aufnahme des gesamten Inventars... Jedes Parteimitglied meldet, ob es irgendwelche Gegenstände, die der Ortsgruppe gehören, im Besitz hat. Es handelt sich um Stempel, Stempelfasten, Druckfassen, Schreibmaschine, Fahrräder, Bilder, Fahne, Trommeln, Pfeifen, Leimbücher, Zeitungshalter, größere Posten Flugblätter oder Plakate usw... Parteigenossen, die wissenschaftliche Angaben machen, bzw. den Besitz von Eigentum der Ortsgruppe verschweigen, muß ich dem Untersuchungs- und Sühnkommission der Ortsgruppe melden. **Mit Gillerheit!**

gez. Robert Schubert,

stellvertretender Ortsgruppenführer.

Des ganzen Rundschreibens Sinn ist, daß die Glauhauer Rationalsozialisten das gesamte Büro der Ortsgruppe ausgearäumt haben. Einer der vornehmsten Grundsätze soll laut Parteiprogramm, für das nationalsozialistische Parteimitglied lauten: Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Aus obigem Rundschreiben ergibt sich einwandfrei, was die Vorkämpfer für das „dritte Reich“ unter Gemeinnutz verstehen. Jeder eignet sich an, was ihm beliebt und wonach insgeheim seine Sehnsucht geht.

Selteneres.

Ein rechter Lustikus. Der bekannte Goetheforscher Pünther begab sich Anfang der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts nach Sessenheim bei Straßburg, um festzustellen, ob noch jemand lebe, der Friederike Brion gekannt habe. Er traf dort ein Mütterchen, das 80 Jahre alt war. Die Frau konnte sich noch auf Goethes Gesichte besinnen. „Sie ist ein prächtiges Mädchen gewesen“, sagte sie. „Aber mußte sie lieb haben.“ — „Was wissen Sie noch von Goethe?“ fragte gespannt der Forscher. „Ach du lieber Gott, dieser Goethe muß ein rechter Lustikus gewesen sein“, erwiderte hierauf die Alte. „Eines Tages ist er von hier in die Welt gegangen, und dann hat kein Mensch je wieder etwas von ihm gehört.“

Mit nüchternem Magen. Nikisch klopfte einmal während einer Orchesterprobe in Berlin überraschend ab. Wandle sich an den Fragotikisten: „Haben Sie heute schon gefrühstückt?“ Der Musiker erwiderte verblüfft: „Nein.“ „Aha“, sagte Nikisch, „nun wird mir allerdings klar, warum Sie die Hälfte der Noten verschlucken.“

Ausverkauf! Der Schauspieler Kean war gestorben. Die Kirche, in der die Gedächtnisfeier stattfand, war zum Brechen voll. „Das muß ihm der Reib lassen“, sagte bei diesem Anblick der Theaterdirektor Hall, „er hat immer volle Häuser gemacht, und er kann von dieser Gewohnheit nicht mal im Tode lassen.“

Schonend beigebracht. „Mutti, wen liebt du mehr, Wagner oder Beethoven?“ „Beethoven, mein Kind.“ „Gott sei Dank, eben habe ich beim Staubwischen die Wagnerbüste kaputt geschlagen.“

Die Irrenhäuser sind wieder überfüllt.

Neue psychiatrische Kliniken sind in Prag notwendig.

Wir haben schon wiederholt über die völlig unzulänglichen Verhältnisse der Irrenhäuser in der Tschechoslowakischen Republik berichtet. Erst unlängst hat die Öffentlichkeit von dem grauenvollen Totschlag erfahren, den ein Irrenstücker an seinem Zellengenossen in einer mehrstöckigen Anstalt beging. Die Schuld daran ist dem Raummangel, der Ueberfüllung der Anstalt zuzuschreiben gewesen.

Auch jetzt, mit dem Herannahen der kalten Witterung, ist der Zustrom in die Irrenanstalt bedeutend größer geworden. Die Prager Irrenanstalt hat ungefähr 300 Kranke mehr (1), als sie überhaupt aufnehmen könnte. Mehrichtig ist der Prager sogenannte Korridor der Anstalt, ein Massenquartier, das einen Belag von 30 Betten hat und in Wirklichkeit 60, oft 70 Kranke beherbergen muß. Wer einmal den Prager Korridor gesehen hat, der bekommt einen Vorgeschnack von Dantes Hölle. Ein unhygienischer Raum, mit einer fürchterlichen Atmosphäre, erfüllt mit den Ausdünstungen der Exkremente aller „unreinen“ Kranken, die hier zusammengepfercht werden, vollgestopft mit allen „unruhigen“ Kranken, Schreienden, Gefährlichen, dazu der Raummangel, daß die Unglücklichen am Boden liegen müssen — kurzum, ein Zustand, eines Kulturstaates unwürdig. Wie wir erfahren, wird sich die Tschechoslowakische Republik an der großen Hygiene-Ausstellung in Dresden beteiligen. Wäre es nicht viel einrudischer und gäbe es nicht ein viel besseres Bild unserer hygienischen Verhältnisse in unseren humanitären Anstalten, wollte man einmal das Ausland einladen, sich unsere tschechoslowakischen Irrenanstalten an Ort und Stelle anzusehen?

Die Prager Irrenanstalt reicht für eine Großstadt, wie es Prag nach dem Kriege geworden ist, schon lange nicht mehr aus. Wir haben wohl eine moderne Anstalt in Bohmisch — die auch schon überfüllt ist — aber laut den bevorstehenden Vorschriften der sogenannten „Rahonierung“ darf jede Anstalt bloß jene Kranken aufnehmen, die in ihr Bereich gehören. Die meisten Prager Kranken müssen daher von der Prager Anstalt aufgenommen werden. Die ganze Anstalt hat ein Stockwerk im Gebäude U Karlova 460 zur Verfügung, dazu kommt noch die ehemalige Gebäranstalt, ein für eine Irrenanstalt nicht geeignetes Gebäude und das sog. Alte Haus. Trotzdem reicht der Platz nicht aus, da sich im Parterre die tschechische psychiatrische Klinik, im zweiten Stockwerke die deutsche psychiatrische Klinik befinden.

Auch diese Kliniken sind derart überfüllt, daß sie oft gezwungen sind, Kranke, die gar nicht für die Irrenanstalt bestimmt sind, an die Irrenanstalt abzugeben oder bei Nacht dort unterzubringen. Eine Klinik hat ganz andere Aufgaben, als eine Irrenanstalt, aber hier muß sie die Irrenanstalt ersetzen, so daß beinahe kein Unterschied zwischen der Irrenanstalt und den Kliniken besteht. Zunächst sollten die Kliniken eine neurologische Abteilung haben. Bei der großen Zahl akuter psychischer Erkrankungen, wie sie durch die moderne Zeit bedingt sind, wäre es notwendig, für „ruhige Kranke“ und „unruhige Kranke“ gleich bei der Einlieferung getrennte Beobachtungsräume zu haben. (In der Prager Irrenanstalt besteht der unsinnige Miß, jeden Neuankommenden auf dem entsetzlichen Korridor unter den schreienden Kranken die erste Zeit zu beherbergen. Man stelle sich vor, wenn ein neurotischer Kranker, der der größtmöglichen Ruhe bedarf, inmitten eines solchen Trümmers auf ein paar Nächte gebracht wird. Kann da von einer „Besserung“ des Zustandes überhaupt die Rede sein?)

Die psychiatrischen Kliniken sollten wie jede andere Klinik Ambulatorien haben. Die deutsche Klinik hat sich wohl mit ein paar Tüchern ein Rotambulatorium für Männer und Frauen getrennt eingerichtet, aber das Ganze erinnert eher an einen Frontplatz als an die Klinik einer Universität, wo Hunderte Mediziner studieren sollen. Jedenfalls muß diese Bemühung der deutschen Klinik, unter den gege-

benen Verhältnissen das Möglichste zu tun, lobend anerkannt werden, in der tschechischen psychiatrischen Klinik fehlt es überhaupt. Den Kliniken stehen für die Behandlung der Kranken, ferner für die Anschaffung von Lehrmitteln, Instrumenten fast keine Mittel zur Verfügung (ich glaube, die Summe erreicht nicht 20.000 Kronen pro Jahr), ein weiterer Fehler ist, daß die Kliniken, die ja dem Schul- und Gesundheitsministerium unterstehen, administrativ der Irrenanstalt unterstellt sind. Die Irrenanstalt erfordert einen großen Verwaltungsapparat, dadurch kommen die Kliniken zu kurz, wenn die Kliniken in eigener Verwaltung wären, könnten die Kliniken in Bezug auf Verpflegung, Ausgestaltung, Bequemlichkeit für die Kranken Besseres leisten. Die Kliniken sollen ihren Zweck auch dahin erfüllen können, daß sie von den Landärzten zur Untersuchung gefandene Kranke auch auf einige Zeit aufnehmen können und nicht an die Rahonierung gebunden sein sollen. Wegen Platzmangel ist das den Kliniken nicht möglich. Psychosen können nicht wie andere Krankheiten innerhalb eines Tages diagnostiziert werden und es bedarf oft längerer Zeit, ehe man eine Krankheit feststellen kann.

Die einfachste Lösung der Irrenhausmisere in Prag wäre es wohl, wenn man einen Neubau für die psychiatrischen Kliniken ausführen würde, der mit allen modernen technischen, medizinischen Hilfsapparaten ausgerüstet sein sollte. Die Laboratorien der beiden Kliniken sind einer Universität unwürdig, sie erinnern eher an den Physiksal einer alten Schule als an Laboratorien einer Universitätsklinik, obgleich festgestellt sei, daß auf der deutschen psychiatrischen Klinik genug wissenschaftlich gearbeitet wird und sogar die tschechischen Kranken es als eine Art Erlösung betrachten, auf die deutsche Klinik zu kommen, weil man dort „behandelt“ wird, während man über die tschechische Klinik bisher leider nicht viel Erfreuliches hören kann. Im Augenblicke, wo eine neue psychiatrische Klinik (tschechische und deutsche in einem Gebäude) mit einem Bettenbelag von 400 errichtet würde, bekäme die Irrenanstalt sofort um zwei Stockwerke mehr Raum und dadurch wären die Platzschwierigkeiten behoben. Es muß nochmals darauf hingewiesen werden, daß die deutsche Anstalt deutsche Wärter haben sollte, auch für die Irrenanstalten wäre das notwendig, weil man doch von einem Geisteskranken nicht verlangen kann, daß er sich in einer Sprache verständigen soll, die er nicht beherrscht. Die deutsche psychiatrische Klinik hat wohl einige deutsche, die Irrenanstalten keinen einzigen deutschen Wärter, obwohl ein Drittel der Kranken Deutsche sind. Solange nicht die deutsche Irrenanstalt gebaut ist, muß diese Forderung aufgestellt werden, u. zw. nicht aus nationalen Gründen, sondern aus Gründen der Rücksichtnahme auf die Kranken.

Schließlich sei nochmals der Wunsch ausgesprochen, den Juchtausgeist, der in den Anstalten herrscht, durch den Geist der Humanität und Menschenliebe seitens der Ärzte und eines streng geschulten, charakterfesten und anständig für die schwere Dienstleistung honorierten Wärterpersonals zu ersetzen. Auch die Ärzteschaft sollte den Dienst in einer Irrenanstalt nicht als Sinecure betrachten, wo man als Landesangestellten einen festen Gehalt hat und einen unangenehmen Dienst, sondern die Anstalten sollten den Ärzten als Stätte der Forschung dienen, um der Psychiatrie, die als Wissenschaft auf dem Gebiete der Therapie fast keine Erfolge aufzuweisen hat, Neuland zu erschließen. Gerade hier

Aufspringen der Hände

und des Gesichts, schmerzhaftes Brennen, sowie Röt- und Juckreiz der Haut werden beruhigt und ausgeheilt durch die wunderbar wirkende, reizmildernde **Crema Ledor**. Wirklich herrlich blühende losmetische Unterlage für Under-Leder-6 Kd und 8 Kd. Wirklich unterlegt durch Ledor-6 Kd-Zeile, 8 Kd das Bild. — Erhältlich in allen Chlorodont-Verkaufsstellen.

„Mein Kind! Mein Kind! Hab ich das um dich verdient?“

Und ein behärrter Mann jammert dazwischen:

„Mutter, mühte es so weit kommen?“

Sie pressen die verzerrten Gesichter gegen die Scheibe. Und die Leichen fahren vorüber. Das Karussell des Todes dreht sich unaufhörlich. Ein junger Mann, der seine Verlobte wieder erkannt hat, sinkt mit schwerem Schlag zu Boden.

Der Arzt drängt mich hinaus.

Er zeigt mir noch die Leichenhalle, in der die identifizierten Toten aufbewahrt werden. Reihen von Särgen stehen nebeneinander. Am Kopfende eine Metallplatte, auf der Namen und Geburtsdatum angegeben sind. Hier und da Angehörige, Blumen wohl auch und dort der Vertreter des Staates, der, mit feierlichem Schrock angehen, einherstreitet.

Er übernimmt den Sarg und der Tote geht seinen letzten Weg. Nach Bagneux auf den Selbstmörderfriedhof. Und wenn der Wagen auf der Straße vorbeifährt, entblößen die Männer das Haupt, die Frauen befreuzigen sich und die Schulleute salutieren militärisch. Es ist die letzte Ehre, die den Geheilten zuteil wird. Oft ist es auch die einzige.

Letzte Parade der Geheilten

Unser Pariser Mitarbeiter schreibt uns:

Langes Jahrhundertlang stand hinter der Notre-Dame-Kirche in Paris ein düsteres kleines Gebäude, in dem die Leichen umbehalten Selbstmörder zur Schau gestellt wurden. Es war die „Morgue“, wie der Volksmund sagte.

Nach dem Kriege wurde auch in Paris so manches geändert und neu gestaltet. Die alte Morgue verlegte man aus dem Zentrum der Stadt weiter hinaus in das Institut für Gerichtsmedizin. Das neue „Institut-medico-legal“ liegt wie die alte Leichenhalle wieder an der Seine. Es ist ein riesiges Gebäude und umfaßt ein anatomisches Museum, Hörsäle, Arbeitsräume für Studenten und Ärzte und die Hauptfläche: eine allen Anforderungen der Hygiene genügende Leichenschauhalle.

Ein junger Arzt zeigte mir die „Sehenswürdigkeiten“. Wir steigen die Stufen zum Kellergebäude hinab. Es ist kühl hier unten und riecht nach frischem Eis. „Das also ist die neue Morgue!“ sagt mein Begleiter mit einem Totsfall in der Stimme, aus der der Stolz über die neue Erfindungsbau herauszuhören ist.

Auf einer kleineren Raum ist dem Publikum zugänglich. Eine riesige kufidicht verschlossene Scheibe

trennt die Wartenden von der eigentlichen Leichenhalle. Es ist wie im Theater. Ein schwarzer Vorhang verschließt noch die Szene und viele Frauen, Männer und Kinder warten mit atemloser Spannung, mit Angst und Bangen, bis der letzte Akt der Tragödien, die hier zur Darstellung gelangen, beginnt. Bald ist es so weit. Das graufige Schauspiel nimmt seinen Anfang. Menschen aus allen Berufen sind unter den Zuschauern. Sorgende Mütter mit vertrockneten Augen, charakterstarke Männer, deren Hände zittern, Kinder, deren Mienenpiel zwischen Hoffnung und Verzweiflung wechselt. Entsetzliche, seelische Not drückt in stummer Klage seine Merkmale den Gesichtern dieser Menschen auf.

Der Vorhang hebt sich. Zwischen zwei senkrechten Wänden ist mir der Platz für einen Körper freigelassen. Und die Leichen schren vorüber auf laufendem Band... Ein alter Mann, eine junge Frau, ein Mädchen, noch eine Frau, ein junger Bursche, ein kräftiger Mann, wieder eine Frauenscheibe.

Still, vorwurfsvoll, mit einem bitteren Zug um die Lippen, so müssen die am Leben Zerbrochenen vor der Welt paradien.

Es kommt zu den herzerzitterndsten Szenen. Ein Schrei geht auf, der bis ins Mark dringende Schreckensruf einer Mutter:

sollte eine strenge Auswahl der Ärzteschaft stattfinden.

Und zum Schluß sei noch auf die bei uns überhand nicht bestehende und doch so notwendige Irrenfürsorge hingewiesen, die nach dem Entlassen aus der Anstalt einsehen müßte. Die meisten Kranken der Irrenanstalten und der Kliniken sind soziale Schwache. Nach ihrer Heilung tritt an sie die Frage heran: „Wohin geht ins Leben?“ Weist können sie mit Unterstützung ihrer Angehörigen nicht rechnen. Für die Strahligen haben wir bereits den Verein „Neues Leben“, der sich bemüht, den gebesserten Verbrechern Substanzmittel zu geben und ihnen Arbeit zu verschaffen. Wer aus der Irrenanstalt entlassen wird, ist auf private Vormherzigkeit angewiesen. Und wer nimmt einen Entlassenen aus einer Irrenanstalt auf und gibt ihm Arbeit? Alle Irrenanstalten der Republik sind hier ratlos. Die Schaffung von Irrenhilfsvereinen mit staatlicher Subvention ist dringend notwendig. Solche Vereine gibt es in Deutschland (ich verweise auf den Hilfsverein für Geisteskranken in Sachsen unter der Leitung des Geh. Med. Rat Dr. Adernann, auf den Badischen Hilfsverein, auf die vorbildlichen Hilfsvereine des Landes Schweden usw.) Diese Vereine gewähren den entlassenen Irren moralische und pekuniäre Hilfe.

Schaffen wir endlich Ordnung in unserem beschämenden tschechoslowakischen Irrenhauswesen!
J. Reisman.

Bereitet die Arbeiterpresse.

Das unschuldige I. u. I. Desterreich-Ungarn.

Ein Leser schreibt uns:

Die Publikation der Akten des österreichisch-ungarischen Außenministeriums — es sind 11.200 Dokumente in acht Bänden — hat wieder einmal Wasser auf die Mühlen aller derjenigen getrieben, die uns von Desterreichs blutigen Unschuld am Ausbruch des Weltkrieges überzeugen wollen. Die bürgerlichen Blätter werden nicht müde, auf diese Aktenpublikation zu verweisen, die natürlich ein Evangelium darstellt, und mit dem Argument zu jonglieren, daß Desterreich seit 1908 in seiner Großmachtstellung bedroht und bis 1914 dauernd gehetzt war, bis es schließlich in der Notwehr zu den Waffen griff. Das mag sogar stimmen. „Doch was kein Verstand der Verständigen sieht, das sieht oft in Einfalt ein kindlich Gemüt.“

Und ein so kindliches Gemüt wollen wir denn nun auch einmal haben und die gewiß ebenso naive wie berechtigte Frage an die gläubigen Patrioten von einst richten: Ja, aber wo in aller Welt stand es denn geschrieben, daß die österreichisch-ungarische Monarchie durchaus eine Großmacht sein mußte? Wie wäre es denn gekommen, wenn dies Desterreich-Ungarn sich mit einer Rolle bescheiden hätte, wie etwa die Schweiz, Schweden usw. sie spielte und heute auch noch spielen, wenn etwa Desterreich unter der Garantie der Großmächte, sagen wir z. B. neutralisiert worden wäre? Woju mußte Desterreich-Ungarn auf Eroberungen ausgehen, indem es Bosnien und die Herzegowina, serbisches Land, annektierte, während es selbst mit seinem Völkerproblem nicht fertig werden konnte. Hätte irgendein Staat, irgendein Volk dann ein Interesse daran haben können, das „austriam esse delendam“ als Schlagtruf in die Welt zu schreien, wer in aller Welt hätte ausgerechnet sich auf das Schwache, also bescheidene Desterreich gestürzt, um es umzubringen? Die Antwort auf alle diese Fragen ist nun nicht schwer, man brauchte keine 20.000 Seiten des Hof- und Staatsarchivs in Maschinenschrift dazu, die Antwort würde vielmehr einfach lauten: Für die Habsburger, für das erhabene Kaiserhaus mußte der Staat eine Großmacht sein, und da er seine einst so mächtige Rolle seit 1866 etwas ausgespielt hatte, so mußte er wenigstens als Exponent jener größten Militärmacht, die jemals die Welt gesehen hat, an der Seite des mächtigen, imperialistischen, kaiserlichen Deutschlands seine Rolle bis zur Katastrophe spielen. Inwiefern die habsburgische Monarchie allerdings in Wirklichkeit die Großmacht war, welche sie zu sein immer vorgab, darüber machten schmerzlich, als der Zerbrunnell wegen der Annexion Bosniens gerade in Prag wüßte Dagen feierte und die Welt einigermaßen aufhorchen ließ, einige englische Blätter die nicht unzutreffende Bemerkung: „Desterreich solle lieber erst seinen Prager Balkan beherrschen und bewältigen, bevor es auf dem wirklichen Balkan Eroberungen mache.“ Doch die Monarchie zog es vor, den wirklichen Balkan zu erobern und wurde dann auf diesem Wege freilich wie ein von allen Seiten gehetztes Wild endlich doch zur Strecke gebracht. Daß durch Rußlands Persie die ganze Balkanfrage zum kriegerischen Konflikt drängte, bis die Habsburgermonarchie keine andere Wahl mehr hatte, als entweder auf die Rolle eines Großstaates endgültig zu verzichten, oder eben den Krieg zu führen, das alles ist ebenso wahr, wie die geschichtliche Tatsache, daß laut des Berliner Vertrages vom Jahre 1879 ohne Zustimmung sämtlicher Signatormächte dieses Vertrages eine Aenderung des status quo auf dem Balkan völkerrechtlich ganz unzulässig war, mithin die pöbliche Annexion Bosniens durch Desterreich ohne ein Konferenzmandat eine Verletzung des internationalen Völkerrechtes war. Daß dann Deutschland seinem „brillanten Sekundanten auf der Mensur“ von der Bagerras-Konferenz her die Riblungentreue gewahrt hatte, das war ja gewiß sehr ritterlich und großmütig, führte aber leider mit Naturnotwendigkeit zum Weltkrieg.

B. J. Prag.

Freitag, den 31. Jänner 1930, findet in der G. G. C. der Vortrag des Genossen Reismann mit dem Thema:

Aus den Schriften Masaryks

11.11. — Beginn 8 Uhr.
Die Parteigenossen und Genossinnen sind herzlich eingeladen.

**Kleine Chronik.
Das schönste Sternbild.**

Am klaren Winterhimmel, der sich gegenwärtig in seiner größten Schönheit zeigt, sieht tief im Süden ein prachtvolles Sternbild, das allgemein als das schönste bezeichnet wird. Es ist das des Orion; nach der griechischen Sage ein gewaltiger Jäger, der nach seinem Tode als Sternbild an den Himmel versetzt wurde und auch heute noch, wie in grauer Vorzeit, um die Jahreswende herumschweift. Die alten Ägypter nannten den Orion "Siris-Zohn, den Herren aller himmlischen Bewegungen". Das Sternbild stellt sich dem Beobachter als ein Tier dar, gebildet von vier Sternen erster bis dritter Größe, und zwar an der linken oberen Ecke von Betelgeuse, eine tödlich funkelnde Riesen-Sonne erster Größe, an der rechten oberen Ecke von Bellatrix, zweiter Größe, an der rechten unteren Ecke von dem weitestfernen Doppelsystem Rigel, erster Größe, und an der linken unteren Ecke von dem Stern Saiph, dritter Größe. Das Licht, das im Weltall 300.000 Kilometer in jeder Sekunde zurücklegt, braucht vom Rigel bis zu unserer Erde 160 Jahre, und diese gewaltige Sonne überstrahlt unser Tagesgestirn an Durchmesser um das Aunzehnfache. Fast in der Mitte des Sternbildes stehen drei Sterne zweiter Größe, und zwar in etwas schräger Richtung. Sie bilden den sogenannten "Gürtel" oder den "Gürtel des Orion". Unterhalb des "Gürtels" aber, in der kleinen Sterngruppe, die das "Schwert des Orion" genannt wird, steht der große und berühmte Orion-Nebel, der durch seinen Glanz, seine Gestalt und die vielen in ihm stehenden Sterne zweifellos zu den prächtigsten Beobachtungsobjekten am ganzen Himmel gehört. Mit bloßem Auge ist er freilich nur sehr schwer zu sehen.

Dieses Gasgebilde hat die Astronomen zu allen Zeiten auf das lebhafteste beschäftigt. Henry Draper machte im Jahre 1880 den ersten Versuch, den Orion-Nebel zu photographieren, und dieser Versuch gelang vollkommen. Die modernsten astrophotographischen Aufnahmen zeigen den Nebel nach stundenlangem Belichten als eine wunderbare gasartige Nebelmasse. Der Astronom Struve hat die Gegend, in deren Nähe sich der riesige Stern, das sogenannte Trapez, befindet, ein stets wogendes Meer genannt. Höchstwahrscheinlich stehen Nebel und Sterne in irgend einem Zusammenhange, ähnlich wie es im Sternhaufen der Plejaden der Fall ist. Auch dürfen wir annehmen, daß der Orionnebel noch zu unserem Milchstraßensystem gehört. Diese Nebel des Weltalls sind der Baustoff für die Weltkörper, und auch aus dem Orionnebel wird sich nach Milliarden von Jahren ein ganzes System von Sternen entwickeln. Die neuesten Berechnungen und Beobachtungen haben gezeigt, daß sich der Nebel im Orion in jeder Sekunde um 17,5 Kilometer von uns entfernt. Das ist für kosmische Verhältnisse keine besonders große Geschwindigkeit; denn im Weltall gibt es keine Ruhe; alles in Bewegung. Die Sonnen jagen nach allen Richtungen durch den Raum, wie in einem Schneegestöber die Schneeflocken. Unser eigener Planet legt auf seinem Wege um die Sonne in jeder Sekunde 30 Kilometer zurück. Wir kurzlebigen Erdbewohner aber merken nichts davon. Uns erscheinen die Sterne und Sternensysteme ewig und unveränderlich. Durch tieferes Nachdenken und Fortschritt erkennen wir aber nach und nach die Wandel der Welt, und wir wissen, daß das schönste Sternbild „Orion“ ebenso voller Rätsel und Geheimnisse ist, wie auch die andern Bilder und Welt-

systeme am nächsten Firmament. Mit Goethe dürfen wir begeistert ausrufen: „Wo sah' ich dich, unendliche Natur!"

Sport * Spiel * Körperpflege

**Vom Arbeiter-Lern- und Sportverband.
Winterport.**

Wir machen alle Bezirke und Vereine darauf aufmerksam, daß der in Böhmischo-Wiesenthal geplante Winterport-Kurs abgesetzt ist. Rechner.

Dänemark offiziell der SAWS beigetreten.

Der 1928 gegründete Dänische Arbeiter-Sport-Verband, der gegenwärtig 25.000 Mitglieder umfaßt, hat auf seinem letzten Kongreß offiziell beschlossen, der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale beizutreten und seinen internationalen Spiel- und Sportverkehr nur noch nach den für die SAWS geltenden Richtlinien durchzuführen. Die kommunistische Sportinternationale hatte gleich nach der Gründung des dänischen Verbandes eine dänische Fußballmannschaft nach Rußland eingeladen, um Stimmung für den Anschluß an die Moskauer Sportinternationale zu machen. Die dänische Mannschaft war wohl in Rußland, aber die kommunistischen Anschlußbemühungen blieben, wie der Kongreß lehrte, erfolglos.

Tagung des französischen Arbeiter-Sportverbandes.

Auf der Bundesvorstandskonferenz des, der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale angehörenden französischen Arbeiter-Sportverbandes am 26. Jänner in Paris, teilte die Bundesleitung mit, daß die bestehenden Schwierigkeiten zum größten Teil behoben sind. Die Vertreter der Regionen Elsaß, Bretagne, Orléans, Nord, Pas-de-Calais und Seine berichteten unter Beifall von Erfolgen in ihren Gebieten. Mit der Gründung neuer Arbeiter-Sportkomitees ist man begriffen in der Moselle, Champagne, Oise, Seine et Marne, Somme und Aisne. Zur Lage in Elsaß wurde an Hand der letzten Vorgänge festgestellt, daß sich der dort, neben der Region des französischen Verbandes bestehende selbständige Verband, außerhalb der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale gestellt hat. Vom Internationalen Büro der SAWS werden dementsprechende Schritte erwartet. Ende Mai 1930 soll in Gemeinschaft mit dem belgischen Arbeiter-Sportverband ein Radrennen Brüssel-Paris-Brüssel in vier Etappen stattfinden. Die sozialistische Tageszeitung „Le Populaire“ hat ihre volle Unterstützung zugesagt. Das nächste Bundesfest ist für Pfingsten 1931 nach Roubois vorgesehen; dann sollen Bundesfeste alle drei Jahre abgehalten werden. Der nächste Bundeskongreß wurde für den 18. und 19. Oktober 1930 festgelegt.

Sportkonferenz der Londoner Arbeiterpartei.

Nach einer Ankündigung im „Daily Herald“ findet am 20. Februar in London eine Sportkonferenz der Londoner Arbeiterpartei unter dem Vorsitz des Verkehrsministers Herbert Morrison statt. Die englischen Gewerkschaften haben großes Interesse an der Schaffung einer englischen Arbeitersportbewegung und sind die Kräfte zu der Londoner Konferenz. Seit drei Jahren gibt es in London eine Sportorganisation der Arbeiterpartei, die Fußball- und Cricket-Vereine zusammengefaßt hat. Es ist beabsichtigt, über die Londoner Sportorganisation hinaus alle bestehenden Sportvereine der Gewerkschaften, Genossenschaften und der Arbeiterpartei zusammenzufassen. Auf dieser Grundlage soll eine Arbeitersportorganisation für ganz England aufgebaut werden.

Die Lebensgefahr als Broterwerb

Wir alle kennen den Moment, wenn im Varieté oder Zirkus die mehr oder minder lustigen Weisen der Musik plötzlich lärmend aufbrausen, in einen grossenden drohenden Trommelwirbel übergehen und dann plötzlich wie erschreckt abreißen, weil sich auf der Bühne ein Vorgang von atemberaubender Spannung vollzieht. Dort schwingt zwanzig, dreißig Meter hoch über dem Zuschauerraum ein Akrobat am Trapez, nur an den Arnen hängend, während seine Hände die seiner Partnerin fassen, die über uns durch den Raum schwingt. Schon diese Situation ist so gefährlich, daß uns der Atem stockt. Ein einziges ungeschicktes Lockern der Hände, ein Nachlassen der Beinmuskeln nur für Bruchteile von Sekunden, und eine Katastrophe ist unvermeidlich. Aber das ist noch keineswegs der Höhepunkt der Attraktion. Immer heftiger wird der Schwung des Trapezes und plötzlich läßt der Akrobat seine Partnerin los, sie steigt in weitem Schwung durch den Raum, zum nächsten schwingenden Trapez, wo die Hände des dritten Partners die ihren auffangen. Für Bruchteile von Sekunden bestand absolute Todesgefahr. Der geringste Fehlgreif, ein kleiner Fehler im Material, ein einziger falscher Atemzug, das alles muß sofort zur Katastrophe führen. Und nicht genug mit diesem

einen Versuch, immer wieder wird diese Todesgefahr heraufbeschworen, immer mehr wird sie vergrößert. Aus dem einfachen Herüberhängen wird ein Fliegen mit Salto, ja man verhält der Partnerin den Kopf, so daß sie bei diesem Todeschwung die rettenden Hände des Partners nicht einmal sehen kann.

Oder ein anderes Spiel mit dem Tode. Da ist jener Mann mit den stärksten Geniarmuskeln. Er nimmt eine Dynamitpatrone in den Mund und hält sie mit den Zähnen fest. Diese Dynamitpatrone besitzt eine Rückschlagkraft, die das Vielfache der Rückschlagkraft eines Infanteriegewehrs ausmacht. Wir kennen ja alle noch vom Kriege her diesen Rückschlag, der uns oft genug gründlich gegen das Schlüsselbein und die Schulter fuhr. Diesen Rückschlag nun hält der Mann auf, indem er die Patrone in seinen Zähnen abbrennt, ohne auch nur einen Zentimeter zurückzuweichen, denn jedes Zurückweichen muß ihm den Tod bringen. Unmittelbar hinter seinem Genick lauert eine Degenspitze, die ihm sofort zwischen Halswirbel und Rückenmark fahren würde, wenn einmal auch nur für die tausendstel Zeit einer Sekunde seine Widerstandskraft, seine Aufmerksamkeit oder seine Energie erlahmen.

So spielen allabendlich die Menschen auf den verschiedensten Varieté Bühnen mit dem Tode. Da hängt sich ein Fakir mit dem Kinn auf des

Kunst und Wissen.

„Eugen Onegin.“ (Neueinstudiert im Neuen Deutschen Theater.) Peter S. Tschakow'skys lyrische Szenen „Eugen Onegin“, diese mehr konventionellen als charakteristischen musikalischen Illustrationen zur dichterischen Vorlage Puschkins, haben sich bisher erfolgreich im Spielplan der großen Operntheater erhalten. Ein Erfolg vor allem der liebenswürdigen, melodischen, allerdings oft salonmäßigen Musik Tschakow'skys. Nur ausgezeichnete solistische Darbietungen, nur glänzende szenische Aufmachung und sorgfältige musikalische Durchführung machen diese Oper wirksam und schwachhaft. Ihre gestern abend im Neuen Deutschen Theater bewirkte Neuaufführung wurde keiner dieser Vorbedingungen gerecht. Wir haben also abermals eine Oper zu Grabe tragen müssen, weil sie in ihrer unbedeutenden künstlerischen Wiedergabe das Publikum nicht zu fesseln vermochte. Ein Teil der um sie bemühten Mitwirkenden zeigte wohl den künstlerischen guten Willen, mit dem aber das Können nicht Schritt zu halten vermochte; andere hatten weder dieses noch jenes. Kapellmeister Hans Georg Schick ist sicher ein tüchtiger Musiker, dem auch christliches Wollen zur Seite steht; aber sein Können und seine Routine reichen bei weitem nicht aus, der „Onegin“ Partitur rhythmisches Rückgrat und dynamisches Gleichmaß zu geben, vermögen es nicht, Schreier, Chor und Solisten einverständlich zusammenzuhalten. Oswald Schindler himmelwärts ist ein Regisseur, der geschmackvoll inszeniert ohne original zu sein, der an Einseitigkeiten denkt, dabei aber das szenische Gesamtbild in der Stilleinlichkeit vernachlässigt, der schließlich zu wenig Autorität zeigt, Solisten und Chor seinen eigenen Ideen unterzuordnen. Unter den Solisten war nur Hagen als Eugen Onegin ganz am Platze; intelligent als denkender Darsteller, dem Ohr gefällig als kultivierter Sänger. Richard Dreschner als Leninski vermochte die gefanglichen Schönheiten seiner Partie nur anzudeuten. Die beiden lieblichen Schwestern Tatjana und Olga waren Fr. Kramer und Frau Schwarz; darstellerisch konventionell, gefanglich gerade noch befriedigend. Alles übrige farblos durchschnittlich und noch weniger. Keinesfalls also ein Opernabend, in dem künstlerische Höchstleistungen der sich der Verantwortung bewußten gesamten Künstlerchaft zum Ausdruck kommen, kein Opernabend, der als wirkliches Geschehnis oder gar Ereignis dem Theater Reizen zu bringen vermag.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Freitag (101-1), 7 1/2 Uhr: Hochzeit in Hollywood. Samstag (102-2), 6 Uhr: Die Weistertinger von Nürnberg. Sonntag, 2 1/2 Uhr: Die Sachertorte; 7 Uhr (103-3): Der Orlov. Montag (104-4), 7 1/2 Uhr: Die toten Augen.

Spielplan der Kleinen Bühne. Freitag: Frau Vidal hat einen Geliebten. Samstag: Frau Vidal hat einen Geliebten. Sonntag, 8 Uhr: Meine liebe, dumme Mama; 7 1/2 Uhr: Frau Vidal hat einen Geliebten. Montag (Sontbranten I): Die Sachertorte.

Bereinsnachrichten.

Ortsgruppe Prag II, Am 29. d. M. fand die Generalversammlung der Ortsgruppe bei guter Beteiligung statt. Bericht folgt. — I. Internationales Treffen der Arbeiter-Winter-Touristen am Rügenberg am 8.-9. Febr.: Zur Fahrt haben sich bereits zehn Mitglieder angemeldet. Es steht einer Teilnahme von Nicht-Fahrern nichts im Wege. Eine Besprechung der Sektionsmitglieder und Interessenten findet am Mittwoch, den 5. Febr. um 7 Uhr abends im Arbeiterverein statt. Im Falle die Ausfahrt nicht stattfinden sollte, wird dies in der Dienstag-Dammer des „Sozialdemokrat“ verlaubar. Die Abfahrt wurde für Samstag 15.20 Maj. festgelegt. — Anmeldung unbedingt persönlich notwendig. — Nächster Vereinsabend am 12. Febr.



Aus der Partei.

Wechsel im Kreissekretariat Reichenberg. Der „Freigeist“ teilt, hieß die Kreissekretariat Reichenberg unserer Partei am 27. Jänner 1930 eine Sitzung ab, in welcher der Kreisvertrauensmann mitteilte, daß Genosse Ehrenfried Vorbach um die Erhebung von seinem Posten als Kreissekretär angeht hat. Die Exekutive hat beschloffen, diesem Ansuchen stattzugeben. Gleichzeitig wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, den Genossen Karl Kern als Kreissekretär und Redakteur des „Freigeist“ zu bestellen. Genosse Kern hat seinen Posten bereits angetreten.

Literatur.

„Leviathan“ von Julien Green (verlegt bei Gustav Kiepenheuer, Berlin). Auf dem Umschlag dieses Buches, das den Harperpreis 1929 erhielt, vermerkt der Verlag, daß der Autor „als größter Schriftsteller der modernen Generation mit Balzac und Flaubert verglichen wird“. Man wiegt kritisch den Kopf und beginnt zu lesen. Und stellt nach den ersten Kapiteln fest, daß man wirklich einen Meistererzähler vor sich hat, einen, den man — wenn man unter Originalen überhaupt vergleichen kann — tatsächlich nur mit ganz Großen aufzählen darf. Green's Roman ist, der Handlung nach, Seelenmalerei aus einer kleinen französischen Stadt; wohl wird Außerordentliches erzählt, Bergewaltigung und Mord. Aber das äußere Geschehen bleibt dennoch im Hintergrund. Die Leidenschaften selbst, die hunderttausend psychologischen Vorgänge in einem halben Dutzend Menschengehirnen bilden den Stoff, aus dem Green sein grandios-häßliches Gewebe herstellt. Denn häßlich ist, was da erzählt wird. Häßlich das Milieu, häßlich fast unterschiedlos die Charaktere der handelnden Personen. Häßlich in ihrer Kleinlichkeit, in ihrer bestimmungslosen Gier, in ihrem Unvermögen jedes selbstlosen Gefühls, jeder selbstlosen Regung für den Nächsten, den Anderen. Qualende, lebentötende Luft liegt über diesem Provinznest, sie setzt sich in Bewegung nur durch die Kraft einiger, die das Schicksal zu Individualitäten gemacht hat; aber diese Kraft findet nicht Raum zu großem, fruchtbarem Wirken und wird zum Mittel der Zerstörung. Warum das Buch „Leviathan“ heißt? Wir vermuten, daß der Autor an das weibliche Ungeheuer der biblischen Überlieferung gedacht hat und es im Uebrigen dem Spiel der Phantasie überlassen wollte, aus diesem Namen und den geschickter immerten und äußeren Vorgängen des Romans und seinen Charakteren den höheren Sinn seines Wertes zu erkennen. Das Weibliche in in diesem Buche in der Ueberhand, im Besitze der Kraft: Drei bedeutende Frauengestalten stehen einem einzigen Mann gegenüber. Die drei, nur zwei davon als Liebende, richten ihn zu Grunde. Er und die Liebenden Frauen fallen mit ihm. Es triumphiert jenes Weib, das die Infarnation der häßlichen, geschwätigen, nach Scheinmacht strebenden Kleinheit ist. Mit Grausen liest man dieses Buch, mit Grausen liest man es zur Seite. Aber es bleibt unvergesslich im Ganzen und in einzelnen Nüancen. Von enormer Gewalt ist die Zeichnung des fliehenden Mörders. Hier — und überall — zeigt Julien Green, daß er anderes zeitgenössisches Können, so den „Gehegten“ Francis Carco, O'Maherns „Nacht nach dem Berrat“, noch um ein Gewaltiges übertrifft. Hoffen wir, daß uns dieser wahrhaft Dichter bald ein Buch schenkt, das ihm und dem Leser Befriedigung gibt: von dem Abdruck dieses „Leviathan“!

Verleger: Eduard Laub.
Chefredakteur: Wilhelm Rechner.
Gesamtschriftlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Kola & Co. für Zeitung- und Buchdruck Prag
Für den Druck verantwortlich: Otto S. o. v. o.
Die Zeitungsdruckkosten wurden von der Post- u. Zeitungsdruckdirektion mit Erlaß Nr. 13.900/VII-1929 bewilligt.

KINO-PROGRAMM
Vom 31. Jänner bis 6. Febr 1930

Wran Urania-Kino
Einzige „cinéma“ „au tra“
„Mutterliebe“
Der neueste Henry Porten-Film. Das Spiel der Künstlerin zeigt wieder klassisches Niveau Gemüt und Vertiefung. Entzückend die kleine, begabte Juge Landest in ihrer herrlichen Rolle als Mädl.

LIDO 310
„Die rote Nacht in Wladiwostok“
Drama in 8 Akten.
„Das Herz am rechten Fleck“
Lustspiel in 7 Akten.

Wo verkehren wir?
Café „Continental“, Prag, Graben

LIDOVÝ DŮM
Gastwirtschaft
Täglich Konz. PRAG II., Hybernská Nr. 7.